

Technische Hochschule Darmstadt
- Lehrstuhl für Rechtswissenschaft -

die darmstädter studentenzeitung

herausgegeben vom asta
sommersemester 1960

46

technische hochschule darmstadt



Alle sind sich einig:

II G 102

Am 21.5.60 erreichte den Vorstand des ASTA ein Brief des Mensaprüfers:
"Sehr geehrte Damen und Herren!

Seitens der Mensaleitung wurde gegen die von mir im Gutachten-Auszug auf Seite 4 (Abschnitt 2) (Anmerkung der Redaktion: dds 46, Seite 3, 1. Absatz) gegebene zusätzliche Ergänzung Einspruch erhoben wegen der möglichen falschen Auslegung dieses Passus.

Ich kann mich den sachlich vorgetragenen und begründeten Wünschen nicht verschliessen, weshalb ich Sie bitten möchte, den nachfolgenden Zusatz den fraglichen Ausführungen anzugliedern, umso mehr als Fehlschlüsse hierdurch nicht entstehen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(gez. W.L.Brandt + Siegel)

öffentlich bestellter und vereidigter
Sachverständiger

Die fragliche Stelle soll also jetzt lauten:

... Die jedoch sehr wichtige Überprüfung des Mengenverbrauchs je Essen und Preislage konnte wegen der dieser Fragestellung nicht genügenden Verbrauchsnachweise nicht durchgeführt werden, weil auf diesen nur der tägliche Gesamtverbrauch angegeben ist. Inzwischen erstellt das Studentenwerk für jedes Essen getrennt den Nachweis."

Es war uns leider wegen der ohnehin sehr kurzen Zeit, die für den Mensabericht zum Abdruck zur Verfügung stand, nicht möglich, diesen Text in das Gutachten zu übernehmen.

Wir bitten unsere Leser, den neuen Text einzufügen.

Die Redaktion

4,—DM bei Botenzustellung

Abholstellen: Akademische Buchhandlung
Hans-Jürgen Stehlmann, Darmstadt, Lauteschlägerstraße 1-2, und
Hochschulbuchhandlung Dipl.-Ing. R. Wellnitz, Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4



...prungen
FLENDER-Gleitlager
Wellen
Spannrollen
Flachriemenscheiben
Räder, Rollen
Zahnräder

Verlangen Sie unverbindlichen
Besuch unserer Fachingenieure;
Sie beraten und helfen gerne bei
der Lösung von Antriebsfragen.



FLENDER-BOCHOLT/Getriebe und Antriebsselemente

Nach Drucklegung dieser Ausgabe erschien (am 18. Mai 1960) ein Erlaß (IV/2/-436/16/436/07-6-60) des Hessischen Ministeriums für Erziehung und Volksbildung an die Hessischen Studentenwerke und Hochschulverwaltungen.

Auf Grund dieses Erlasses wurden die Vorbereitungen für einen Vorlesungsstreik an der Universität Frankfurt sofort abgebrochen. Dieser Streik sollte sich gegen die in dem nebenstehenden Artikel referierte Absicht richten, den Staatszuschuß von 150 000,- DM nur für sog. Mensastipendien verwenden zu dürfen.

Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

Betr.: Zuwendungen f. das Stammessen (Hauptgericht der Mensen und für Freitische aus Kap. 0416-630 des Landeshaushalts 1960.

Bezug: Eingabe der Studentenwerke vom 7. 1. 1960.

Auf Grund der Vorstellung des Landesverbands Hessen im Verband Deutscher Studentenschaften sehe ich davon ab, die Haushaltsmittel von 150 000,- DM so zu verteilen, wie ich das in dem Erlaß-Entwurf vom 22. 4. 1960 vorgesehen hatte.

Die Studentenwerke Darmstadt, Gießen und Marburg erhalten nach Maßgabe der Allgemeinen Bewilligungsbedingungen für Zuwendungen des Landes nach § 64a Reichshaushaltsordnung (Staatsanzeiger 1954 S. 144) einen Zuschuß zur Verbesserung des Stammessens (Hauptgericht) in Anlehnung an die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung.

Die Studentenwerke reichen darüber - neben dem Verwendungsnachweis für den allgemeinen Landeszuschuß - einen besonderen Verwendungsnachweis ein. Außerdem bitte ich mir vorzuschlagen, auf welche Weise gesichert ist, daß diese Zuwendung allein dem Stammessen (Hauptgericht) zugute kommt und nicht den übrigen Kartenessen. Auf Vorschlag des Studentenwerks Marburg bin ich damit einverstanden, daß die Zuwendung auch für Freitische an bedürftige Studenten vergeben wird.

Die Haushaltsmittel werden nach Anforderung verteilt im Verhältnis der Stammessen, die die 3 Studentenwerke im WS 1959/60 - 1. 10. 1959 - 31. 3. 1960 - ausgegeben haben. Dabei wird davon ausgegangen, daß die Studentenwerke ihre finanziellen Anstrengungen zur Verbesserung der Qualität des Stammessens nach wie vor ausschöpfen.

Das Studentenwerk Frankfurt kann eine Zuwendung nur unter folgenden Voraussetzungen erhalten:

Zunächst müssen alle die Beträge, die seit der Neufestsetzung der Wohlfahrtsgebühren durch Erlaß vom 16. 10. 1956 (Amtsblatt S. 535) der Rücklage für Darlehensgewährung zugeführt wurden, zur Verbesserung des Stammessens (Hauptgericht) verwendet werden. Auch dann verbleibt dem Studentenwerk Frankfurt eine Rücklage von weit über 100 000,- DM für kurzfristige Darlehen.

Ebenso müssen die Beträge aus den Rücklagen für den Gesundheitsdienst (Studentische Krankenversorgung, Gesundheitsförderung und Pflichtuntersuchung), die die im Erlaß vom 18. 1. 1960 - IV/2-436/24-155-60 - festgesetzte Höhe überschreiten, der Verbesserung der Qualität des Stammessens zugute kommen. Es steht fest, daß damit der Studentische Gesundheitsdienst nicht beeinträchtigt wird.

Diese Regelung für das Rj. 1960 ist eine vorläufige und versuchsweise, bis neue Vorschläge, insbesondere vom Deutschen Studentenwerk, vorliegen.

gez. Schütte

Wir freuen uns, daß der hessische Kultusminister mit diesem Erlaß einerseits die Wünsche des Landesverbandes Hessen im VDS berücksichtigen konnte, und daß andererseits den hessischen Hochschulen damit die Möglichkeit für eine selbständige Entscheidung gegeben wurde.

Die Redaktion

Plenus venter non studet libenter

(Bickelhaupt?)

Die Anfang dieses Jahres durch Presse und Rundfunk lauthals angekündigten Subventionen für die hessischen Mensen werden den Geldbeutel der Steuerzahler wahrscheinlich nicht belasten dürfen.

Nachdem der Landtag auf Antrag der FDP-Fraktion eine Empfehlung zur Unterstützung der Mensen an den Haushaltsausschuß überwiesen hatte, nachdem dort und im Finanzministerium die Bereitwilligkeit zur Vergabe von Geldmitteln erklärt worden war, und nachdem schließlich auch der Minister für Erziehung und Volksbildung am Wiesbadener Luisenplatz in Einmütigkeit mit allen Vorgenannten ohne wesentliche Auflagen einer Subvention zustimmte, war lediglich Herr Oberregierungsrat Bickelhaupt, der zuständige Sachbearbeiter im Kultusministerium, damit nicht einverstanden. In einem Gespräch mit den Vorsitzenden der Vorstände, den Geschäftsführern der Studentenwerke, den Vorsitzenden der Hauptförderungsausschüsse und dem Landesverbandsvorsitzenden VDS, Herrn Fass, Uni Frankfurt, zu dem kurzfristig eingeladen worden war, erklärte er: eine Unterstützung der Mensen zur allgemeinen Subvention der billigen Essen komme nach Meinung seines Ministeriums gar nicht in Betracht. Man befürworte vielmehr eine gezielte Förderung **bedürftiger** und **würdiger** Studenten. Offenbar rechnete er mit der Bereitwilligkeit zur Annahme seiner Vorschläge, da die hessischen Mensen im Hinblick auf den bevorstehenden Semesterbeginn sehr in Zeitdruck waren. Zur Bekräftigung seiner Argumentation legte er einen von seinem Minister nicht unterzeichneten Erlaß vor, der Entsprechendes bestimmte.

Eine kuriosere Situation ist für uns schlechterdings undenkbar. Wir müssen annehmen, daß entweder Kultusminister Professor Schütte sich an Zusagen gegenüber der Studentenschaft nicht gebunden fühlt, oder aber Herr Bickelhaupt diese Verhandlung ohne Wissen seiner Vorgesetzten und nur aus dem persönlichen Wunsch in dieser Weise führte, den hessischen Hochschulen einmal zu zeigen, wie weit man Empfehlungen und Zusagen von Ministern, Ausschüssen, ja des Landtages in die Tat umsetzt. Wir sind der Meinung, so geht das nicht! Die betreffenden Herren in Wiesbaden und auch die Vertreter der Hochschulen und der Studentenschaft sollten aus dieser Brückierung Konsequenzen ziehen. Die anwesenden Professoren und Studenten (mit Ausnahme von Marburg) haben dies bereits getan: Sie haben eine finanzielle Unterstützung nach „Bickelhaupt-Modell“ rundweg als völlig unbefriedigend abgelehnt.

die darmstädter studentenzeitung

technische hochschule darmstadt

Preis 0,20 DM

INHALT:

Mensabericht	2
Bundesrepublikanische Wirklichkeit	4
Wo bleiben die Kontraste	6
10 Jahre „Diskus“, „Unsere Luftwaffe“, SDS, Der Ruf	8
6. Deutscher Studententag	10
10 Jahre-Stifterverband	11
Behinderte Nachrichtentechnik	12
Schmutzige ASiA-Wäsche	14
Hobbyfreuden – Freizeitglück	14
Neuer ASiA-Vorstand	15
Veranstaltungen im Sommersemester	15
Nachrichten THD	16
Nachrichten Deutschland	18
Bücher	20
Sport	22

die darmstädter studentenzeitung wird herausgegeben vom Allgemeinen Studentenausschuß der Technischen Hochschule Darmstadt und erscheint dreimal im Semester während der Vorlesungszeit.

Redaktion: Dietrich Determann (verantwortlich) Wolfgang Repke, Heimo Claasen, Detlev Gelsendörfer. Umschlagentwurf: Michael Auras.

Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt. Klischees: Klischee-Haußmann, Darmstadt. Gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher wird keine Gewähr übernommen.

Abonnement je Semester (einschließlich Versand) 2,— DM. Anschrift der Redaktion: TH Darmstadt, Hochschulstraße 1, Telefon 852517. Sprechstunden tägl. 12—14 h, Westflügel Zwischenstock neben ASiA. (Z. 167).

Die Bilder auf S. 4 und 12/13 von D. Determann, auf S. 15 von H. Henkler, auf S. 16 von R. Gruber

Beilagenhinweis

Der Auflage liegt eine Beilage der Volkswahl-Krankenversicherung bei, die zur Beachtung empfohlen wird.

Die Anfang dieses Jahres durch Presse und Rundfunk laut- hals angekündigten Subventionen für die hessischen Men- sen werden den Geldbeutel der Steuerzahler wahrschein- lich nicht belasten dürfen.

Nachdem der Landtag auf Antrag der FDP-Fraktion eine Empfehlung zur Unterstützung der Mensen an den Haus- haltsausschuß überwiesen hatte, nachdem dort und im Finanzministerium die Bereitwilligkeit zur Vergabe von Geldmitteln erklärt worden war, und nachdem schließlich auch der Minister für Erziehung und Volksbildung am Wiesbadener Luisenplatz in Einmütigkeit mit allen Vor- genannten ohne wesentliche Auflagen einer Subvention zustimmte, war lediglich Herr Oberregierungsrat Bickel- haupt, der zuständige Sachbearbeiter im Kultusministerium, damit nicht einverstanden. In einem Gespräch mit den Vor- sitzenden der Vorstände, den Geschäftsführern der Stu- dentenwerke, den Vorsitzenden der Hauptförderungsaus- schüsse und dem Landesverbandsvorsitzenden VDS, Herrn Fass, Uni Frankfurt, zu dem kurzfristig eingeladen worden war, erklärte er: eine Unterstützung der Mensen zur all- gemeinen Subvention der billigen Essen komme nach Mei- nung seines Ministeriums gar nicht in Betracht. Man befür- worte vielmehr eine gezielte Förderung **bedürftiger** und **würdiger** Studenten. Offenbar rechnete er mit der Bereit- willigkeit zur Annahme seiner Vorschläge, da die hessi- schen Mensen im Hinblick auf den bevorstehenden Seme- sterbeginn sehr in Zeitdruck waren. Zur Bekräftigung sei- ner Argumentation legte er einen von seinem Minister nicht unterzeichneten Erlaß vor, der Entsprechendes be- stimmte.

Eine kuriosere Situation ist für uns schlechterdings undenk- bar. Wir müssen annehmen, daß entweder Kultusminister Professor Schütte sich an Zusagen gegenüber der Studen- tenschaft nicht gebunden fühlt, oder aber Herr Bickel- haupt diese Verhandlung ohne Wissen seiner Vorgesetzten und nur aus dem persönlichen Wunsch in dieser Weise führte, den hessischen Hochschulen einmal zu zeigen, wie weit man Empfehlungen und Zusagen von Ministern, Aus- schüssen, ja des Landtages in die Tat umsetzt. Wir sind der Meinung, so geht das nicht! Die betreffenden Herren in Wiesbaden und auch die Vertreter der Hochschulen und der Studentenschaft sollten aus dieser Brückierung Konse- quenzen ziehen. Die anwesenden Professoren und Studen- ten (mit Ausnahme von Marburg) haben dies bereits getan: Sie haben eine finanzielle Unterstützung nach „Bickelhap- ter-Modell“ rundweg als völlig unbefriedigend abgelehnt.

M E N S A B E R I C H T

Mensa

1. Grundriß und Einrichtung

Im Grundriß der Mensa liegen einige Unzulänglichkeiten, die die Einrichtung einer zusätzlichen Essensausgabe verhindern, welche für die reibungslose Abwicklung des Hauptbetriebes erforderlich wäre.

Die technische Ausrüstung der Mensa ist teilweise veraltet, weiterhin fehlen mehrere leistungsstarke, neuzeitliche Großküchengeräte. Dadurch ist eine Erweiterung des Speiseplanes erschwert.

2. Finanzielle Lage der Mensa

Die Gesamtkosten pro Essen betragen DM 1,20, während im Bundesdurchschnitt im gleichen Berichtszeitraum die in der Küche kalkulierten Kosten pro Portion bei DM 1,60 liegen.

Bei der vergleichenden Kostengegenüberstellung darf nicht übersehen werden, daß zahlreiche Kostenanteile, die von der Mensa getragen werden müssen, bei den bundesdurchschnittlichen Essenherstellkosten nicht berücksichtigt werden. Im Bundesdurchschnitt werden pro Essen 2,- DM für die Gesamtkosten aufgewendet.

Ein Beispiel soll das näher erläutern:

In Darmstadt müssen die Lohnkosten voll aufgebracht werden. Im Bundesdurchschnitt sind hingegen nicht alle Kostenanteile voll erfaßt. So werden z. B. in vielen Küchen der kaufmännische Leiter und dessen Stellvertreter, obwohl sie hauptamtlich in der Küche tätig sind, mit den Lohnbezügen außerhalb des Küchenkontos verbucht.

Von der Mehrzahl der Gemeinschaftsküchen ist bekannt, daß bei einem Kostenaufwand von DM 1,60 pro Portion lediglich die Natural-, Lohn- und geringfügige sonstige Kosten berücksichtigt werden; alle anderen noch zusätzlich anfallenden Kosten werden durch entsprechende Barzuschüsse der Unternehmung gedeckt.

Bei der unterschiedlichen Kostengestaltung der beiderseitigen Gesamtaufwände ist ein Vergleich nur schwer möglich. Trotzdem kann gesagt werden, daß sich die Darmstädter Küche bei der Essenherstellung fachüblich verhält.

Ohne daß es an dieser Stelle möglich wäre, zusätzliche Beweisführungen wieder zu geben, kann zusammenfassend gesagt werden, daß die Mensa-Kostenentwicklung gegenüber der bundesdurchschnittlichen um 2/5 unterentwickelt ist.

Eine Nachprüfung der von der Mensa gezahlten Preise für die Naturalien ergeben ein ausnahmsweise günstiges Bild. Die pro Warenart gezahlten Beträge liegen unter den sonst üblichen Aufwendungen; zusätzlich können über der Norm liegende Skontierungen und Mengenrabatte nachgewiesen werden.

Der prozentuale Anteil für den Naturalaufwand beträgt bei der Mensa 59,9% vom Gesamtaufwand (Bundesdurchschnitt 59%).

Die ungünstige Finanzlage der Mensa wirkt sich auch in anderer Hinsicht aus. So liegt z. B. die Zahl der bei der Essenherstellung Beschäftigten erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Auf gleicher Linie liegt die teilweise unbefriedigende Art der Bedienung, die sich ohne weiteres entscheidend verbessern ließe, wenn die Finanzlage das zulassen würde.

Bei der Gemeinschaftsverpflegung ist die Mengenplanung von großer Wichtigkeit. In der Mensa besteht Wahlfreiheit für das Essen zu DM 0,90 oder DM 1,40. Außerdem schwankt die Gesamtzahl der Essenteilnehmer sehr stark. Hierdurch wird ein über kürzere oder längere Zeiträume wirksamer finanzieller Ausgleich im täglichen Naturalaufwand verhindert, was die Vielseitigkeit der Speiseplangestaltung einschränkt.

Die bereits vorhandene angespannte Lage der Mensa wird noch dadurch erschwert, daß die Zahl der Essenteilnehmer im Semester groß und während der Ferien klein ist.

Betrachtet man die Entwicklung der Mensa im Geschäftsjahr 1958/59, so stellt man fest, daß im Monat Juni eine Spitze erreicht wird. Im Monat Juli sinkt die Zahl der ausgegebenen Essen um 46,5%, im August um 73,1%.

Von den Studenten wurden dem Prüfer einige zusätzliche Wünsche hinsichtlich eines verbesserten Verkaufsprogrammes unterbreitet. Diese Wünsche sind verständlich und begründet. Sie können aber bei der derzeitigen Situation im Mensabetrieb kaum verwirklicht werden, wenn nicht die Gefahr eines Kostenanstieges in Kauf genommen werden soll.

Schließlich wird die Einrichtung einer Küchenkommission empfohlen, deren Aufgabe es sein soll, alle zwischen Mensaleitung und Mensagästen sich ergebenden Fragen in einem sachlichen Gespräch zu klären, wobei sowohl die Interessen der Mensa, als auch die der Gäste zu wahren sind.

Ein besonderes Lob wird den Mensamitarbeitern gezollt, die unter erschwerten Bedingungen überdurchschnittliche Leistungen vollbringen.

3. Organisation

In anderen Betrieben erfordert der zeitliche Aufwand für den EBKarten-Vorverkauf wenige Stunden, wobei allenfalls für besondere Fälle ein kurzfristiger zusätzlicher Verkauf eingerichtet ist. Dagegen werden in der Mensa während der ganzen Woche EBKarten verkauft, was einen Aufwand von 2 1/2 bis 3 Tagen ergibt.

In einer modernen Gemeinschaftsverpflegung können zahlreiche Betriebsvorgänge durch Automaten wahrgenommen werden, die sich nicht allein durch die Warenausgabe, sondern auch durch zusätzliche Leistungen wie die Zubereitung von Getränken auszeichnen. Der Prüfer hält die Aufstellung bisher bekannter und kaum noch zu verbessernder Geräte für dienlich. Dagegen scheint eine vorsichtige Disposition für die Aufstellung neuester Konstruktion ratsam, weil hier weitere Verbesserungen zu erwarten sind.

4. Preisentwicklung

Durch Preiserhöhungen wird die Mensa im besonderen Maße belastet. Während die Mehrzahl der Gemeinschaftsverpflegungsbetriebe den entstehenden Mehraufwand aus Preiserhöhungen durch eine entsprechende Anhebung des Barzuschusses ausgleichen kann, bereitet dieser Kostenfaktor der Mensa zusätzliche Sorgen. Um den durch Preiserhöhungen bedingten Schwierigkeiten zu begegnen, und um die Wirtschaftlichkeit zu verbessern, wurden bereits in der Vergangenheit eine Bäckerei und eine Metzgerei eingerichtet.

5. Wareneinsatz

Bei der Mengenkalkulation für die tägliche Essenherstellung stützt man sich lediglich auf Erfahrungswerte. Dieses Verfahren bringt zusätzliche Erschwernisse, weil hierdurch Reste anfallen können, deren Verwertung sehr problematischer Natur ist. Ebenso muß bei der Portionierung in der Mensa entsprechend den vorhandenen Möglichkeiten gehandelt werden, was zwangsläufig insbesondere preisaufwendige Portionsanteile ungünstig beeinflusst. Die im Bundesdurchschnitt pro Essen ermittelten Portionsmengen betragen:

Fleisch	(im Rohgewicht)	90 g
Wurst		100 g
Fisch	(im Rohgewicht)	180 g
Gemüse	(im Rohgewicht)	240 g
Kartoffeln	(im Rohgewicht)	380 g
Teigwaren	(im Rohgewicht)	120 g

Entsprechend den für ihre Mensa nachgewiesenen $\frac{2}{3}$ Abstrichen verglichen mit dem Bundesdurchschnitt, müßten die Mensaportionen abgewertet werden. Das hat zum Ergebnis, daß der Portionanteil für Fleisch im Rohgewicht in Darmstadt 54 g aufweisen müßte, berücksichtigt man hierbei die Garungsverluste, die im Durchschnitt etwa 25–30% betragen, so ergibt sich eine sehr ungünstige und nicht ausreichende Portionsmenge. Die jedoch sehr wichtige Überprüfung des Mensaverbrauches je Essen und Preislage konnte wegen der ungenügenden Verbrauchsnachweise nicht ermittelt werden.

Studenten-Café

Die Raumverhältnisse des Studenten-Cafes erfüllen während den Hauptgeschäftszeiten nicht die gestellten Anforderungen.

Im Studentencafe herrscht im wesentlichen Selbstbedienung, wozu üblicherweise auch die Rückgabe des Geschirrs durch die Gäste gehört. Weil diese Voraussetzung vielfach nicht erfüllt wird, ergibt sich mitunter ein wenig schönes Bild.

Das Verkaufsprogramm entspricht der üblichen Gestaltung und erfüllt die von anderen Interessengruppen erhobenen Forderungen.

Die Preisgestaltung bewegt sich in der für gleichartige Betriebsarten üblichen Höhe.

Die Wirtschaftlichkeit des Studenten-Cafes ist als sehr gut zu bezeichnen, wenn berücksichtigt wird, daß das Finanzergebnis

für Warenkosten mit 68,1%

belastet wird und noch 4,8% für Steuern ausgewiesen werden. Hiernach werden 27% vom Gesamtaufkommen für die Betriebskosten beansprucht.

Berücksichtigt man hierbei in welchem Umfange bei der Geschäftstätigkeit nur manuell zu erbringende Leistungen anfallen, so ergibt sich auch für den zuletzt genannten Aufwand ein sehr günstiges Bild. Bei der finanziellen Auswertung fiel auf, daß man bewußt auf die in anderen Betrieben wahrgenommenen Gewinnchancen verzichtet, um den Studenten durch diese Einrichtung gebotene zusätzliche soziale Leistung zu bieten.

Die mitunter festzustellende Differenz zwischen Angebot und Nachfrage bezieht sich auf wenige Artikel. Die in Gästekreisen geübte Bemängelung wegen des nicht immer ausreichenden Angebots hinsichtlich der Einkaufswünsche, bezieht sich ausschließlich auf verderbliche Warenarten. Alle irgendwie leicht verderblichen Waren können erfahrungsgemäß finanzielle Verluste auslösen. Deshalb disponieren alle hiervon betroffenen Gewerbezweige sehr vorsichtig und erfüllen u. U. nur auf Vorbestellung diesbezügliche Einkaufswünsche. Auch bei einer laufenden Beobachtung der täglich umgesetzten Warenmengen, auch bei einem Stammkundenkreis, läßt sich erfahrungsgemäß eine auf die Praxis beruhende Einkaufsgestaltung nicht so abstimmen, daß an bestimmten Tagen nicht doch ein Mangel auftritt, weil der Gästekreis überraschend veränderte Käuferwünsche äußert.

Ferner ist diesbezüglich auch auf die Nicht-Erfüllung von kurzfristig gegebenen Nachbestellungen über Großhandel oder Erzeuger hinzuweisen, denn deren einschlägiger Warenvorrat umfaßt ebenfalls nur Mindestmengen, wenn nicht auch dort Vorbestellung Voraussetzung ist.

Der Prüfer empfiehlt schließlich, eine durch die Preisgestaltung erzielte Eigenfinanzierung des Studenten-Cafes, weil die jetzt entstehenden Defizite von dem an sich nicht über großen finanziellen Mitteln entnommen werden müssen, die bevorzugt der Mensa zugeführt werden sollten.

Abschließend wird erklärt, daß zur Zeit eine Verbesserung durch innerbetriebliche Umstellungen nicht erreicht werden kann, weil hierfür eine bessere Finanzlage erste Voraussetzung wäre.

Ferner kommt der Prüfer zu dem Schluß, daß eine weitere Erhöhung des Essenabgabepreises unmöglich ist, weil hierdurch die soziale Aufgabenstellung des Betriebes gefährdet, wenn nicht ganz aufgehoben würde. Der Mensaleitung und den Studenten wird kein anderer Ausweg bleiben, als sich um eine zusätzliche Finanzquelle zu bemühen, die eine Anpassung des Sozialbetriebes an die fachüblichen Ergebnisse sichert.

Willi Brandt

Verbandsleiter des Bundesverbandes für Werkküchen, Kasinos (Kantinen) und sonstige soziale Verpflegungsbetriebe

Diesem Bericht stellen wir hier die — stark gekürzte — Fragensammlung gegenüber, die vom Mensaausschuß im Januar Herrn Brandt übermittelt worden ist:

I. Organisation

1. Personalfragen: Würde nicht ein Mann an der Essenmarkenausgabe genügen? — Könnte man die Aufstellung von Automaten für die Essenmarken in Erwägung ziehen? Welche Investitionen wären dafür erforderlich? — Könnten die Studenten nicht selbst sich die Toilets und das Besteck nehmen, wie dies in den meisten Schnellgaststätten der Fall ist? — Der Mann, der die Essenbons einsammelt, ist nicht voll ausgelastet.
2. Küche: Es wäre nachzuprüfen, ob tatsächlich durch Umorganisation der Spülküche zwei zusätzliche Arbeitskräfte notwendig geworden sind. — Ließe sich für die Essenausgabe nicht eine weitergehende räumliche Trennung für beide Gerichte durchführen? —
3. Allgemeines: Milch, Kakao und Gebäck sind im Mensacafé in der Regel ab 14 bis 15 Uhr ausverkauft. Läßt sich das vermeiden? — Warum müssen in den Ferien, in denen der Umsatz sehr stark absinkt, zusätzlich zum Stammpersonal noch studentische Hilfskräfte in der Mensa beschäftigt werden?

II. Rechnungswesen

1. Allgemein: Die Studentenschaft hält die Erstellung einer Kostenrechnung der Mensa nach betriebswirtschaftlich-kalkulatorischen Gesichtspunkten für dringend erforderlich. Wir vermuten, daß sich beträchtliche Änderungen bei der Gemeinkostenrechnung im Vergleich zur bisherigen Praxis ergeben würden. Speziell interessiert, wie der Sprung der Verwaltungsgemeinkosten von DM —,045 im Jahre 1956/57 auf DM —,08 im Jahre 1958/59 pro Essen zustande gekommen ist. Als erstes und wichtigstes Problem stellt sich die Frage nach der Abgrenzung der Mensa von den übrigen Kostenstellen: Das Küchenpersonal arbeitet auch bei gesellschaftlichen Veranstaltungen in der Otto-Berndt-Halle und im Clubhaus Dieburger Straße. Die Essenskosten für das gesamte Personal des Studentenwerks werden gegenwärtig nicht auf die jeweiligen Kostenstellen, in denen das Personal tätig ist, verrechnet, sondern auf die Mensa. Da die Mensa gleichzeitig als Wirtschaftsbetrieb Otto-Berndt-Halle fungiert, interessiert, in welchem Verhältnis die Abschreibungen auf Kücheneinrichtung, Tische und Stühle auf die beiden Kostenstellen verteilt werden.
2. Spezielle Fragen: Ist es möglich, durch eine Nachkalkulation die effektiven Kosten der beiden Essen für den Prüfungszeitraum zu ermitteln? Diese Kosten müssen bekannt sein, wenn man feststellen will, in welchem Umfang die Sozialbeiträge der Studenten sowie Überschüsse der Wirtschaftsbetriebe zur Finanzierung der Mensa herangezogen worden sind. — Welche zusätzlichen Kosten entstehen durch übriggebliebenes Essen?

III. Speiseplan

Werden die Möglichkeiten, die die Kücheneinrichtung für ein abwechslungsreiches Essen bietet, voll ausgenutzt? — Könnte sich der Einkauf nicht noch mehr der jeweiligen Marktlage anpassen? — Es wäre zu erwägen, Statistiken über die Beliebtheit der einzelnen Gerichte aufzustellen und für den Speiseplan entsprechende Konsequenzen zu ziehen. — Sind Beilagen (Erdnüsse, Obst, Pudding usw.) sinnvoll im Verhältnis zum Wert der Hauptmahlzeit? — Ließen sich die großen Mengen an zurückgehender Suppe nicht vermeiden? —

Der vorliegende Bericht ist nur ein Auszug. Dennoch läßt sich schon jetzt erkennen, daß wegen der engen Verflochtenheit der vielen Studentenwerksbetriebe bei einer Einzelprüfung nur sehr allgemeine Ergebnisse zu erwarten sind; viele Fragen, die die Studenten bewegen, bleiben offen.

Der Wirtschaftsbetrieb Mensa hat auch bei dieser Prüfung seine Zähigkeit bewiesen. Wir fürchten, daß der Bericht weder auf Seiten der Studentenschaft noch beim Studentenwerk die gewünschte Klarheit bringt. Das allgemeine Unbehagen bleibt bestehen.

EIN STÜCK BUNDESREPUBLIKANISCHE WIRKLICHKEIT

Technische Schwierigkeiten und der § 93

Einige Mitglieder der Gesamtdeutschen Arbeitsgruppe an unserer Hochschule bezogen das Zentralorgan der sowjetzonalen SED, die Tageszeitung „Neues Deutschland“. Ausser zu ihrer eigenen Information diente dies über das Anschlagbrett der Arbeitsgruppe auch zur Bekanntmachung von Vorgängen in der Zone an die gesamte Studentenschaft.

Anfang Januar 1960 blieben die Sendungen plötzlich aus. Der Verlag „Neues Deutschland“, die Bundespost und der Zoll erklärten auf Anfrage, dafür nicht verantwortlich zu sein. In der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt fand sich schließlich – nach zweimonatigen Bemühungen – eine Stelle, die über den Vorgang der Beschlagnahme Auskunft zu geben bereit war.

Man sagte uns dort, daß die Versendung der Zeitung durch die SED als Propaganda zu werten sei. Gegeben sei damit gemäß § 93 StGB der objektive Tatbestand der Einfuhr verfassungsfeindlicher Schriften in die Bundesrepublik mit dem Zweck, die demokratisch-freiheitliche Ordnung in der Bundesrepublik zu untergraben. Aus diesem Grunde würden alle greifbaren Exemplare des „Neuen Deutschland“ nicht weitergeleitet. Diese Maßnahme sei durch das Gesetz und höchstrichterliche Entscheidungen völlig gedeckt. Der Empfänger werde nicht festgestellt und sei in diesem Zusammenhang unerheblich.

Es sei natürlich unvermeidlich, daß bei diesem Verfahren eine Anzahl von Leuten das „Neue Deutschland“ nicht

§ 93 des Strafgesetzbuches.

- I. Wer Schriften, Schallaufnahmen, Abbildungen oder Darstellungen durch deren Inhalt Bestrebungen herbeigeführt oder gefördert werden sollen, die darauf gerichtet sind, den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder zur Unterdrückung der demokratischen Freiheit einen der in § 88 bezeichneten Verfassungsgrundsätze zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben
 1. hergestellt, vervielfältigt oder verbreitet oder
 2. zur Verbreitung oder Vervielfältigung vorrätig hält, bezieht oder in den räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes einführt, wird mit Gefängnis bestraft.
- II. Der Versuch ist strafbar.

mehr erhalte, deren antikommunistische Einstellung außer Frage stehe. Womöglich gehörten wir in diesen Kreis und wir seien auch nicht die ersten, die sich darum bemühten, eine Ausnahmegenehmigung zum Bezuge der Zeitung zu erhalten. Dies sei jedoch aus **technischen Gründen** völlig unmöglich, da

1. jede Ausnahmegenehmigung die vorherige Überprüfung des Empfängers (wohl auf politische Zuverlässigkeit) voraussetze, und
2. alle Propagandamaterial enthaltenden Postsendungen unmittelbar nach Überschreiten der Zonengrenze abgefangen würden.

Sowohl die Überprüfung der Empfänger als auch die Aussonderung einzelner Sendungen aus den großen Mengen eingeführter Druckerzeugnisse würde weit mehr Personal erfordern, als zur Verfügung stünde. Daher seien weitere Versuche, an die beschlagnahmten Sendungen zu gelangen, völlig zwecklos.

Bei anderen Schriften bleibe für die Entscheidung, was verfassungsfeindlich ist, dem Ermessen der Justizbehörden ein weiter Spielraum im Rahmen des Gesetzes (§ 93 StGB.)

Als wir später noch einige Fragen zur rechtlichen Lage stellten, erklärte die Staatsanwaltschaft, diese zu beantworten, sei nicht ihre Aufgabe.

Bedeutung dieser Maßnahmen

Im Prinzip versuchen also offenbar die Behörden der Bundesrepublik, Schriften mit verfassungsfeindlichem Inhalt vor ihrer Verbreitung zu beschlagnahmen. Ob auch eventuell in der Bundesrepublik gedruckte rechtsradikale Schriften auf ihre Verfassungsfeindlichkeit geprüft werden, weigerte man sich, uns zu sagen.

Die Staatsanwaltschaft kann jedoch den § 93 nur mit einer Hilfskonstruktion anwenden: Sie muß als „Einführenden“ im Sinne des Gesetzes die sowjetzonale Einheitspartei deklariieren, weil dort die Absicht offenkundig ist, daß man die freiheitliche Ordnung in der BR untergraben möchte.

An die Mitglieder der Arbeitsgruppe wurde das „Neue Deutschland“ jedoch nicht als unbestellte Propagandaausendung geschickt. Sie hatten den Bezug der Zeitung ausdrücklich gewünscht, und zwar in der Absicht, die unfreie Ordnung in der Zone im Westen anzuprangern. Verfassungsfeindliche Ziele dürfte man darin kaum erkennen können, und somit trifft der § 93 auf diesen Fall gar nicht zu; aus „technischen Gründen“ jedoch, wenn auch ohne gesetzliche Rückendeckung, muß man die Auslieferung dieser Sendungen „leider“ ebenfalls verhindern.

Aber auch in all den anderen Fällen erscheint die **Beschlagnahme** nicht besonders sinnvoll. Wer das „Neue Deutschland“ kennt, weiß, daß die ständige Lektüre des SED-Zentralorgans je nach Temperament nur Abscheu, Langeweile oder Heiterkeit, aber keinesfalls kommunistische Gefühle erzeugen kann. Offenbar hält man jedoch behördlicherseits einen Teil der Empfänger des sowjetzonalen Propagandamaterials für politisch so ungebildet, vertrauenselig und unkritisch, daß sie sogar auf die primitive Holzhammerpropaganda des „ND“ hereinfliegen. Falls es diese Leute wirklich gibt, besitzen sie so wenig Unterscheidungsvermögen, daß sie jedem rechts- oder linksradikalen Rattenfänger, jedem Demagogen, jeglicher Propaganda, auf den Leim gehen würden.

Das Beschlagnahmeverfahren der Staatsanwaltschaft geht, wie man uns andeutete, nach folgender Faustregel vor sich: Alles überwiegend Politische wird beschlagnahmt; wenn

30 Handvergrößerungen kosten DM 9,-

für den gleichen Betrag erhalten Sie aber bei

PHOTO-HAUSCHILDT, Darmstadt, Ludwigstraße 9

50 Elektronik-Vergrößerungen 7x10, 9x9 oder 9x13

Politik nur am Rande vorkommt – ganz fehlt sie bei den Kommunisten bekanntlich nie – läßt man es durch. Damit werden zwar solche Pamphlete wie das „Neue Deutschland“ erfaßt, doch ist zu befürchten, daß die

weniger massive, darum geschicktere und gefährlichere Propaganda gar nicht erkannt wird. Denn um in irgendwelchen literarischen oder wissenschaftlichen Schriften die ideologischen Fußangeln zu erkennen, bedürfte es freilich vieler, gut ausgebildeter Beamter, an denen es nach Angaben der Staatsanwaltschaft ja gerade mangelt, was zu den erwähnten technischen Schwierigkeiten führt. Die – wohl bewußt – weitgefaßten Formulierungen des § 93 ließen gewiß eine weitherzigere Auslegung in Fällen zu, und der Fall „Neues Deutschland“ ist einer davon, da die plumpe Propaganda der SED im Westen nur das Gegenteil des bezweckten Umsturzes erreicht. Zugleich betriebe man so echte politische Bildung und gäbe ein Musterbeispiel für die Freiheit der Meinungsäußerung in einem demokratischen Staat.

Weitere Konsequenzen

Wenn diesem Beschlagnahmeverfahren jedoch eine konsequent einzuhaltende Konzeption zugrundeliegt, müßten die Behörden versuchen, alle Äußerungen verfassungsgefährdenden Inhalts von allen Bundesbürgern fernzuhalten, da sie einen großen Teil von uns nun einmal zu politischen Analphabeten erklärt haben. Sie müßten Interzonenreisen verhindern, Rundfunk- und

Seltsam, daß Sie sich oft so ärgern müssen, dabei könnten Sie es doch viel einfacher haben. Colorfilm entwickeln und Farbvergrößerungen innerhalb von 2–3 Tagen im eigenen Colorlabor.

PHOTO-HAUSCHILDT, Darmstadt, Ludwigstraße 9

Fernsehempfang aus der Zone wirksam stören, alle Privatbriefe kontrollieren. . . weiteres kann man sich sparen, da der Widerspruch zu den Grundsätzen unserer Verfassung zu offenkundig ist.

Wann wird man bei uns lernen, daß Demokratie auf der einen Seite unmöglich und eine Farce ist, wenn man auf der anderen glaubt voraussetzen zu müssen, die Bevölkerung werde durch die Lektüre des „Neuen Deutschland“ kommunistisch. Geistige Bevormundung sollte das Kennzeichen totalitärer Staaten bleiben und nicht auch bei uns Mode werden.

Angeichts der diesjährigen Aussichten für den 17. Juni droht die Assoziation dieser beiden zufällig benachbarten Plakate aus dem vergangenen Jahr zuzutreffen: Der Tag der deutschen Einheit als Hohn und Spott. Bei der Diskussion um die generelle Geschwindigkeitsbegrenzung nn Pfingsten und eben den Tagen vom 16.—19. Juni (Fronleichnam und Wochenende) wird selten von der Schande gesprochen, die darin besteht, daß man wegen des Tages der deutschen Einheit erhöhten Ausflugsverkehr erwarten muß.

In diesem Jahr findet in Darmstadt leider keine gesamtdeutsche Woche statt, die Hochschule wird lediglich ihre Studenten zur Teilnahme an der Kundgebung auf dem Friedensplatz aufordern. Im letzten Jahr nahmen die farbentragenden Verbindungen geschlossen mit Band und Mütze teil. Dieses Verhalten wurde vielfach nicht verstanden, weil es der Art der Kundgebung nicht entsprach. Es bleibt abzuwarten, was diesmal geschieht, zumal gewisse Konsequenzen von der Hochschule gezogen werden könnten.

Kein Mensch leugnet, daß das politische Bewußtsein der Westdeutschen kritischer und wacher sein dürfte, als es ist. Aber will man es erziehen, indem die Staatsanwaltschaft entscheidet, was gelesen werden darf und was nicht; was bei Sendungen aus der Zone hinreichend unpolitisch ist, um gefährlich zu werden? Will man den Kommunismus geistig überwinden, indem man die ideologische Auseinandersetzung mit ihm verhindert oder nur in behördlich zugewiesenen Mengen zuläßt (den Dokumentationen des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen zum Beispiel)?

Zukunftsansichten

Wir sind von den uns aufgenötigten Erkenntnissen über unsere politische Wirklichkeit erschreckt und ernüchtert. Wir hatten uns die verfassungsmäßig zugesicherte Freiheit der Meinungsbildung anders vorgestellt. Wenn wir nun in Diskussionen mit FDJ-Funktionären die freiheitliche Ordnung im Westen verteidigen, wird es uns vielleicht in einigen Punkten an Überzeugungskraft ermangeln, weil wir an die Gespräche mit den Frankfurter Staatsanwälten denken müssen.

Können wir überhaupt noch von den Kommunisten die Freiheit der Information für die Bevölkerung in der Zone fordern, ohne daß uns die Schamröte ins Gesicht steigt? Und auf ihre Gegenfrage, wie es denn bei uns aussehe, haben wir keine Antwort mehr.

Wenn wir jetzt hier aufbegehren, wird man uns sagen, da habe man den Beweis: Durch allzuhäufige Lektüre des „Neuen Deutschland“ seien wir schon von kommunistischen Ideen infiziert. Uns hat jedoch die Erfahrung erschreckt, wieviel Möglichkeiten und Tendenzen zu autoritärem Handeln und behördlicher Bevormundung in unserer „verwalteten Welt“ vorhanden sind. Erschreckt, bei dem Gedanken, daß rechts- oder linksradikale Gruppen eines Tages versuchen könnten, diese Möglichkeiten entschlossen und zielstrebig auszunutzen.

Wir können nur hoffen, daß die deutsche Demokratie nicht an der „technischen Schwierigkeit“, die Grundfreiheiten zu verwirklichen, irgendwann zu Grunde geht.

R. Backhaus

. . . und im übrigen sind wir der Meinung, daß Sie für den AStA kandidieren sollten.

Der Spottvogel
DAS KABARETT DER OPTIMISTEN
Vorverkauf im ASTA-Zimmer

GESAMTDEUTSCHE WOCHE 15.-19. JUNI

15	DR. R. THILENIUS BONN
16	KUNDGEBUNG
17	PROF. W. MEDER
18	PROF. DR. TH. W. MÜLLER
19	

GESAMTDEUTSCHE ARBEITSGRUPPE AN DER TH

W O B L E I B E N D I E K O N T R A S T E ?

Versuch einer Analyse

Wodurch unterscheidet sich das Leben in einer bürgerlichen, pluralistischen Demokratie, wie sie als Staatsform in Westeuropa vorherrscht, heute noch vom Leben in einem totalitären, kommunistischen Staat, und welcher dieser Unterschiede wird auch auf lange Sicht noch ein Kriterium für diese oder jene Staatsform sein?

Zur Beantwortung dieser Frage wird im Folgenden die wirtschaftliche Entwicklung des Sowjetstaates untersucht und mit unseren wirtschaftlichen Verhältnissen verglichen. Ein Vergleich der theoretischen Grundlagen soll zu einer richtigen Antwort verhelfen.

Karl Max weist den Weg

Wie die Entstehung der Sowjetunion nicht ohne das Wirken von Karl Marx denkbar ist, so ist dieses wiederum ebenso wenig denkbar ohne den Kapitalismus. Seine Auseinandersetzung damit ergibt für ihn eine negative Wertung, wobei er die gewaltigen Leistungen des Bürgertums während dessen „progressiver“ Phase anerkennt. Marx sieht als den Endstand der vom ihm beschriebenen und hypothetisch weitergeführten Entwicklung einen riesigen Industrieapparat, der zur Befriedigung aller Bedürfnisse ausreicht. Damit soll die Unfreiheit des Proletariats aufgehoben werden, die Arbeitskräfte werden innerhalb dieses perfektionierten Systems leicht austauschbar und viele Institutionen (auch der Staat) werden überflüssig.

Die Folgerungen Lenins

Zur Zeit Lenins schon war der Unternehmer mehr oder minder zum unternehmensfremden Kapitalgeber geworden, der die Führung seines Wirtschaftsbetriebes weitgehend selbständigen Leitern überließ. Diese Trennung von Produktionsmitteleigentümer und Produktionsmittelbesitzer schaffe unter der kapitalistischen Oberfläche erste Ansätze zu einer Sozialisierung. Zerschlage man nun die Oberfläche des spekulativ gewordenen Finanzkapitals, so sei der Weg für eine weitergehende Sozialisierung frei.

Begünstigt werde dieser Prozeß noch durch die im Imperialismus unausbleibende Kriegsführung, denn, nach einer Ansicht seien alle bis zu seiner Zeit geführten Kriege ausschließlich Wirtschaftskriege gewesen.

Während der Rüstungszeit und Kriegsführung aber unterstellen die Kapitalisten ihre Betriebe einer zentralen Leitung. Also wachse die Aufhebung der kapitalistischen Unternehmensform während des Krieges schon aus sich selbst heraus.

Weiterhin beginne in Rußland die Industrialisierung nicht wie in Westeuropa mit der untersten Stufe des Kapitalismus, sondern mit der einfach übernommenen Form des Monopolkapitalismus. Dieser „faulende“ Kapitalismus berge schon alle Verfallserscheinungen in sich und stelle die Instrumente für eine Sozialisierung zur Verfügung. Die moderne Betriebswirtschaftslehre liefere die . . . wissenschaftlichen Unterlagen zur totalen Planung einer ganzen Volkswirtschaft.

Während Marx als das unmittelbare Ziel einer durchzuführenden Revolution die Herbeiführung der Freiheit aller Proletarier sah, mit deren Hilfe sie im Stande seien, sich eine materielle Basis zu schaffen, beabsichtigte Lenin dem Proletarier nach der Revolution durch einen erfolgreichen, sozialistischen Industrieapparat erst eine materielle Basis zu schaffen, die ihm dann über die ökonomische Unabhängigkeit zur Freiheit verhelfen soll. Die auf Grund dieser Konzeption von Lenin begonnene Umorganisation der sowjetischen Wirtschaft versagte in ihren Erfolgen völlig, sodaß sich bereits im Jahre 1921 die Sowjetunion gezwungen sah, die kapitalistischen Produktions- und Absatzmethoden wieder einzuführen. Diese Mißerfolge auf dem wirtschaftlichen Sektor haben Lenins Selbstbewußtsein und Überzeugung einen spürbaren Stoß versetzt.

Die Ideologie lenkt die Partei — dieser Vorgang ist umkehrbar

Nach diesem Umschwung folgte nun in der Sowjetunion eine Epoche der sekundären Rechtfertigung von Maßnahmen, deren Gegenteil vorher gefordert und ideologisch begründet worden war, sich aber als

erfolglos oder undurchführbar erwiesen hatte und nun geändert und wiederum theoretisch begründet werden mußte. Damit hat die Ideologie der Partei der Bolschewiki, die vor der Revolution die einzige Triebkraft für alle Handlungen war, ihre Zündkraft vertauscht gegen die Aufgabe, die durch die siegreiche Revolution errungene Machstellung zu untermauern und staatliche Aktionen zu rechtfertigen.

Der Gedanke der volkswirtschaftlichen Planung stammt nicht aus der marxistischen Theorie, sondern folgt aus den rein technischen Erwägungen, das Prinzip der Planung eines Einzelbetriebs auf eine ganze Volkswirtschaft zu übertragen. Dieser Gedanke wurde Stalin im Jahre 1930 von einer Fachgruppe zugespielt unter dem Hinweis auf die Abwendung von der Empirie in der Wirtschaft, je größer die zu verwaltende Wirtschaftseinheit sei. Außerdem werde dem Staate die völlige Lenkung der Wirtschaft ermöglicht, die Koordinierung werde wesentlich leichter und kommerzielle Gesichtspunkte verlieren ihre Geltung. Stalin liquidiert daraufhin die gesamte Privatindustrie mit Hilfe des durch den Wirtschaftsdirigismus inzwischen erstarkten Staatsapparates.

Rußland experimentiert

Nach der Bauernbefreiung im Jahre 1861 hatte in Rußland eine riesige Bevölkerungsvermehrung eingesetzt, die zum Teil einen Zuwachs von 6% pro Jahr (vgl. Bundesrepublik 1,5%) erreichte. Da diese Bevölkerungsmasse relativ unbeweglich war, nahm der Landmangel in Rußland immer mehr zu, denn nach alter Sitte wurde das einer Dorfgemeinschaft zur Verfügung stehende Land mit Beginn jeden neuen Jahres an die einzelnen Familien nach Zahl derer Mitglieder aufgeteilt. Da dieses Stück Land durch die eingetretene Vermehrungszunahme der Bevölkerung pro Person immer kleiner wurde, mußte die Bodenbearbeitung intensiver werden. Die nach der Revolution enteigneten Ländereien der Großgrundbesitzer, denen man erst die Schuld an dieser Landnot gab, waren inzwischen aufgeteilt, hatten sich aber durch die starke Verteilung für den Einzelnen kaum als Zuwachs bemerkbar gemacht.

Die dadurch auf dem Lande frei gewordenen Arbeitskräfte fanden Betätigungsmöglichkeiten in der gerade im Aufbau stehenden Industrie. Durch ihre geringe Qualifikation waren sie nur zu einer minimalen Arbeitsproduktivität in der Lage, außerdem arbeiteten sie bei niedrigster Entlohnung.

Die nach der Revolution in Rußland einsetzende Industrialisierung begann nicht wie in den westeuropäischen Staaten mit der investitionskapitalschaffenden Leicht- und Konsumgüterindustrie, sondern sofort mit der Schwerindustrie, die besonders viel Investitionskapital benötigt.

Zu diesem Aufbau wurde eine große Zahl hochqualifizierter Arbeitskräfte gebraucht, deren Ausbildung man vorrangig behandelte. Auf die Volksbildung im breiten Sinne wurde damals wenig Wert gelegt. Das positive Strafrecht dieser Zeit zwang die Menschen, an ihren Arbeitsplätzen zu bleiben. Jedes Abweichen von der vorgeschriebenen Disziplin galt als Sabotage und wurde gerichtsfrei und rücksichtslos geahndet. Dieses System erlebte während des Zweiten Weltkrieges seine Perfektionierung durch die Aufhebung der Freizügigkeit und ähnlicher Maßnahmen.

Auf Grund dieser übermäßigen Beanspruchung menschlicher Arbeitskräfte war die Bevölkerungszuwachsquote im Jahre 1930 wieder auf 3,3% pro Jahr zurückgegangen.

Außerdem hat der Zweite Weltkrieg der Sowjetunion einen Menschenverlust von 40 Millionen gebracht, wenn man auch die durch die

Einflüsse des Krieges Nicht-Geborenen mitzählt, aus deren Reihe gerade die Nachwuchskräfte gekommen wären.

Das Ziel bleibt — die Methoden Wechseln

Als Chruschtschow die Regierungsbefugnisse erhielt, stellte er sich folgende Aufgaben:

1. Alle Restreserven an menschlichen Arbeitskräften ausnutzen,
2. Steigerung der Kapitalintensität der Wirtschaft und
3. Steigerung der Arbeitsproduktivität.

Um diese Forderungen realisieren zu können, wurde es notwendig, die alten Zwangsmaßnahmen abzuschaffen. Innerhalb dieses Prozesses wurden viele in Westeuropa bestehenden Einrichtungen übernommen, wie z. B. die Dynamisierung der Renten etc.

Die Durchführung einer Strafrechtsreform schafft Voraussetzungen, die einem Schritt auf die Rechtsstaatlichkeit hin ähnlich sind. Danach werden z. B. Wirtschaftsvergehen nicht mehr sofort als Sabotage gewertet, sondern der Angeklagte hat das Recht auf einen Verteidiger und das Gericht muß einen Schuldnachweis führen. Für den Sowjetbürger bringt das einen nicht zu unterschätzenden Zuwachs an Sicherheitsgefühl.

In der Landwirtschaft hatte es sich erwiesen, daß die Landmaschinen einem geringeren Verschleiß unterliegen, wenn man sie den einzelnen

Kolchosen selbst den Maschinen-Traktoren-Stationen in Besitz und Pflege gibt. Weiterhin verbesserte sich dadurch, daß die Kolchosen ihre Maschinen selbst kaufen können, die Qualität der produzierten Maschinen; denn die Landmaschinenfabriken, denen früher der Absatz durch den Plan garantiert war, müssen nun aus Konkurrenzgründen besonders auf gute Qualität achten.

Somit sind die einzelnen Betriebe in Landwirtschaft und Industrie wieder zu selbstbilanzierenden Wirtschaftseinheiten gemacht worden. Der zentrale Planungsapparat wurde durch 104 regionale Exekutivorgane ersetzt, die oberste Behörde hat nur noch richtunggebende und kontrollierende Funktionen zu erfüllen.

Im Zuge einer umfassenden Dezentralisierung ist erst vor einigen Wochen das Innenministerium unter Ausnahme des Staatssicherheitsdienstes aufgelöst und seine Funktion an die 15 Sowjetrepubliken übertragen worden.

Durch eine Schulreform soll die Bevölkerung in ihrer ganzen Breite eine gut fundierte, berufsbezogene Bildung erhalten. Auch besteht seit einiger Zeit über alle Fragen weitestgehende Möglichkeit zur Kritik in jeglicher Art und Form, aber mit der deutlichen Einschränkung: Sobald eine Entscheidung gefällt worden ist, steht sie außerhalb jeder Kritikmöglichkeit. Kaganowitsch und Malenkov sind Beispiele für Funktionäre, die nach einer Beschlußfassung noch Kritik zu üben gewagt hatten.

Wird die Zeit alle Kontraste verwischen?

Der Vergleich der dargestellten sowjetischen Verhältnisse mit unserer wirtschaftlichen Lage zeigt, daß die Gefahr besteht, auf diesem Gebiet der wirtschaftlichen Entwicklung die Frage nach den Unterschieden zwischen den beiden Staatssystemen in Zukunft nicht mehr beantworten zu können. D. h. unser Lebensstandard wird in Zukunft nicht mehr die erstrebenswerte Besonderheit gerade unserer Staatsform sein.

Wenden wir uns nun aber einmal dem immateriellen Bereich des menschlichen Lebens zu und suchen dort nach Unterscheidungsmöglichkeiten, so lassen sich markante und schwerwiegende Unterschiede feststellen:

Welche Rolle spielt zum Beispiel das Problem der Freiheit? Bei der Behandlung dieser Frage möchte ich einzig und allein auf den Teil der Freiheit oder besser auf die Freiheiten eingehen, die jeder Staat mit Hilfe seines positiven Rechtes gewähren oder entziehen, erweitern oder einschränken kann.

Hierbei soll nicht auf den inneren im philosophischen Sinne bestimmenden Freiheitsbegriff eingegangen werden.

Bei einer theoretischen Betrachtung zeigt sich folgendes:

1. Im **totalitären Staat** legt das Funktionalsystem „Staat“ das **Minimum an Freiheiten**, ohne das es nicht existieren kann, fest.
2. In einer **Demokratie** bestimmt die Existenz des Staates als funktionieren sollendes System das **Minimum an Unfreiheit**. Zusätzlich wird die Einhaltung der Grund- und Menschenrechte durch den Staat selbst garantiert.

Also ist für die Beurteilung dieses Phänomens nicht das absolute Maß an dem Einzelnen gewährten Freiheiten, sondern die Konzeption, aus der heraus sie eingeschränkt oder erweitert werden, ausschlaggebend.

Deshalb kann es sein, daß vorübergehend das absolute Maß an Freiheit in einer Demokratie durchaus kleiner sein kann als in einer Diktatur.

Der Bürger eines demokratischen Staates tritt einen Teil seiner Souveränität (Entscheidungsbefugnisse) an den Staat ab, damit dieser sie in seinem, des Bürgers Interesse verwenden soll. Die Regierung bedarf somit einer wiederkehrenden Legitimation, und sie ist dem Einzelnen einen Verwendungsnachweis über die von ihm delegierte Souveränität schuldig.

In einer Diktatur dagegen entzieht der Staat kraft seiner Hoheit dem Bürger einen Teil seiner Souveränität, ohne daß er ihm eine Garantie für die interessengleiche Verwendung dieser Befugnisse gibt.

Ein weiteres wichtiges Unterscheidungsmerkmal besteht im freien und chancengleichen Zugang aller Bürger zu Bildung und Information, der von jeder echten Demokratie erstrebt wird, wobei allerdings die Chancengleichheit durch die unterschiedliche materielle Lage der einzelnen Bürger empfindlich gestört sein kann.

Ein totalitärer Staat gestattet nur eine seinen Zielen dienende Bildungs- und Informationsmöglichkeit, gewährt also keine Freiheit für Lehre und Forschung.

Demokratie muß gelernt und geübt werden

Die Realisierung dieser theoretischen Unterscheidungsmerkmale bedarf einiger Anstrengungen. Deshalb sollte die vornehmste Aufgabe eines jeden demokratischen Staates sein:

Die Erziehung der Menschen zu Selbstdisziplinierung und Mitverantwortlichkeit gegenüber dem Staat als der für das Gemeinwohl sorgenden Institution. (Rechtsstaatlichkeit und Parlamentarismus sind zwar notwendige, aber allein nicht hinreichende Kriterien für eine Demokratie, da sie nur die Spielregel sind, die durch das freie Bewußtsein der Bürger aufgestellt, anerkannt und eingehalten werden soll. Die Demokratie darf nicht nur Regierungsform, sondern muß Lebensstil sein).

Die Menschen zu lehren, die ihnen eingeräumten Freiheiten zu erkennen, zu schätzen und zu nutzen, wobei der Staat von sich aus seine Grenzen gegenüber der Individualsphäre der Bürger respektieren soll.

Nur so vermag sich eine Demokratie wirksam gegen eine Überführung in eine Diktatur zu schützen.

Karl-Heinz Schwarze
Referat für gesamtdeutsche Studentenfragen

Literaturhinweis:

- Fetscher: Von Marx zur Sowjetideologie
Freier: Die Theorien des gegenwärtigen Zeitraumes
Boettcher: Sowjetwirtschaft am Scheideweg
Kayser: Die Repräsentation organisierter Interessen
Richert: Macht ohne Mandat
W. A. Harriman: Frieden mit Rußland

„UNSERE LUFTWAFFE“

Die Ausstellung unter diesem Titel kam just eine Woche vor Beginn der Gipfelkonferenz nach Darmstadt. Das ist natürlich besonders peinlich für Darmstadt, zumal sie im Lande herumreist und der Darmstädter Termin zufällig genannt werden kann. Eingedenk der Möglichkeit, solche Ausstellungen während der Gipfelkonferenz überhaupt ruhen zu lassen, um damit den Willen zur Entspannung und Abrüstung (zur kontrollierten natürlich) zu dokumentieren, kann man nicht von Zufall sprechen.

Beim Anblick des Ausgestellten und in der Unterhaltung mit den offiziellen Vertretern der Bundeswehr gewannen wir allerdings den Eindruck, daß es zuviel verlangt wäre, so viel Fingerspitzengefühl zu erwarten. Der ganze Tenor der Ausstellung ist nämlich auf ein Verunklaren des Wesens der Luftwaffe ausgerichtet: Interessante Modelle aller derzeit „modernen“ und mancher älterer Flugzeuge und Abwehrwaffen regen zum Spiel damit an, d. h. es besteht die Gefahr, daß die ernste Sache einer deutschen Wehrmacht verharmlost wird zu einer „Welt voll interessanter Technik“. Wir wollen hier nicht die politische Notwendigkeit „unserer Luftwaffe“ bestreiten – ohne genaue Begründung hieße das den Verantwortlichen Unehrlichkeit unterstellen – aber wir wehren uns gegen die Selbstverständlichkeit, mit der die Notwendigkeit und der Wert der Bundeswehr behauptet wird – „die Ideen von 1945 lassen sich eben heute nicht verwirklichen...“

Der hot circle hat in seinem Schaukasten mit Texten von Wolfgang Borchert und einigen alten Soldaten-Postkarten zu dieser Schau eine eindeutige Stellung bezogen. — Im Schaukasten des Lehrstuhls für Städtebau und Siedlungswesen (Zi. 274, Hauptgebäude) wurden einige Seiten der April-Nummer der Zeitschrift „Neue Heimat“ (herausgegeben von der gleichnamigen Hamburger Wohnungsgesellschaft) unter dem Titel „Gipfeltreffen Paris — was können wir von der Abrüstung erwarten“ ausgestellt. Die Seiten zeigen Kriegsschiffe, Panzer, Jagdbomber u. a. m. und daneben jeweils die für dasselbe Geld zu bauenden Wohnungen.

SDS

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund hat jüngst neue publizistische Aktivitäten begonnen: Als Nachfolger

des Bundesorgans „Standpunkt“ erscheint „neue kritik“ (erstmalig zum Studententag) und der Landesverband Baden-Württemberg gibt ein eigenes Organ heraus. Man bedauert in diesen Zeitschriften die eingeschränkten Beteiligungsmöglichkeiten für politische Studentengruppen in Köln, Würzburg, Tübingen, Mannheim und Münster und die Nichtzulassung des SDS in Saarbrücken. Hier in Darmstadt hat der SDS zwar sowohl ein Anschlagbrett als auch einen Vorstand, aber seit mindestens einem halben Jahr wird das andernorts so begehrte Brett nur von den Vorstands-Adressen und dem Zusatz „Anfragen sind an den Vorstand zu richten“ geziert. Selbst die letzte Entwicklung (auf Bundesebene) konnte offenbar keine Energien wecken.

DER RUF

Die Auswahl wird immer kleiner. 120 Filme hat der Filmkreis bereits gezeigt (s. Programm SS 1960 S. 1) und in diesem Jahr wird ein Film schon zum zweitenmal innerhalb von vier Jahren gezeigt. Nicht nur die Auswahl an Filmen ist klein, sondern auch die Zahl der Mitarbeiter. Das muß der Filmkreis leider nicht erst zum zweitenmal sagen, und bald wird es notwendig werden, ähnlich attraktive Blickfangs wie zur Veranstaltung „Jazz im Film“ auch zur Mitarbeiterwerbung zu benutzen. Die Verwendung des Originals zur Werbung — entsprechend dem Unterschied des Gegenstandes, für den geworben wird — dürfte allerdings einige Schwierigkeiten bereiten. Die Studentenzahlen steigen, und alle auf die Mitarbeit angewiesenen studentischen Einrichtungen sehen sich ebenfalls in wachsendem Maße gezwungen, Mitarbeiterwerbung zu betreiben.

Bei der Terminierung der AStA-Wahl muß immer die Möglichkeit eingerechnet werden, daß sich nicht genügend Kandidaten finden, und dann die Liste wieder eröffnet werden kann, damit sich etwa doch noch Kommilitonen „breitschlagen“ lassen.

Das Hochschulfest kann nicht stattfinden, weil sich niemand findet, der die Leitung verantwortlich übernimmt. Bei der dds überwiegt die Zahl der ehemaligen Chefredakteure bei weitem gegenüber jüngeren, nicht durch langjährige Mitarbeit überlasteten Kommilitonen.

Der Filmkreis hat, wie gesagt, ähnliche Nöte.

Die einfachste Begründung ist die Fest-

stellung, daß AStA, Studentenzeitung und Filmkreis es eben nicht verstanden hätten, das nötige Interesse zu wecken. Angesichts der 3000 Hochschulfestbesucher, 60 Empfänger von Weihnachtstipendien aus Hochschulfestüberschüssen, der 1200 Teilnehmer an der Vollversammlung im Februar, der durchschnittlich 2500 verkauften Exemplare der dds und vieler begeisterter Filmkreisbesucher erscheint das Argument der Unfähigkeit zur Erweckung des Interesses nicht ganz stichhaltig.

Außerdem könnte man diesem Argument auch mit der Feststellung begegnen, daß alle Mängel in der Arbeit bei AStA, dds und Filmkreis genau daran liegen, daß nicht genügend Mitarbeiter da sind.

Hier zeigt sich ein Problem, daß sich wenig durch theoretische Betrachtung lösen läßt, sondern am besten durch intensivere Mitarbeit der Kommilitonen beseitigt werden könnte.

10 JAHRE „DISKUS“

Die Frankfurter Studentenzeitung „Diskus“ feiert ihr 10. Erscheinungsjahr. Wir freuen uns, den Herausgebern unsere besten Glückwünsche für die weiteren Dezennien aussprechen zu dürfen.

Wir schließen in diese Gratulation besonders unsere Wünsche zur Erfüllung seines Auftrages „Zur Förderung und Hebung des gesellschaftlichen und politischen Interesses der Studenten“ beizutragen. In dem Leitartikel zum zehnjährigen Bestehen wird nämlich einerseits von einem Erfolg, „der keineswegs hatte erwartet werden können“ gesprochen, andererseits werden diejenigen Studenten getadelt, „die heute in weit größerem Maße dazu bereit sind, auf selbstverantwortliche Freiheit zu verzichten, als jemals befürchtet werden mußte“. Wenn es heute noch so viele derartige Studenten gibt, kann der Erfolg doch wohl noch größer werden.

Unser Glückwunsch soll sich auch auf die Ambitionen der Herausgeber erstrecken, künftig als „Frankfurter Allgemeine“ unter den Studentenzeitungen betrachtet zu werden. Die Anzeige des „Diskus“ in der FAZ v. 4. Mai 60 ist das stolze äußere Zeichen dieser Ambitionen, wobei es sich leider nicht vermeiden ließ, außer mit „The Guardian“, „Corriere della Sera“ und anderen europäischen Spitzenblättern auch mit dem „Stern“ auf einer Seite zu erscheinen.

SCHULPROBLEME IN STUDENTENGESPRÄCHEN

Der 6. Deutsche Studententag in Berlin

Der vom Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) veranstaltete 6. deutsche Studententag vom 3.-9. April versammelte rund 1000 Studenten westdeutscher Hochschulen in Berlin unter dem Thema „Abschied vom Elfenbeinturm“. Die Teilnehmer diskutierten in je 10 Gruppen die Unterthemen „Einheit der Bildungswege“, „Nachweis und Förderung“, „Studium im Ausland“ und „Mut zur Politik“. Im Folgenden kann es sich nur um einen ausschnittweisen Bericht handeln.

Der „Abschied vom Elfenbeinturm“ sollte eine wachsende aktive Beschäftigung der Studenten mit allen Fragen der Kulturpolitik – und damit aller Politik – bedeuten. Nach dem vorhergehenden Studententag 1958 in Karlsruhe hatte man gemerkt, daß sich Universitäts- und Hochschulprobleme nicht isoliert betrachten ließen. Daher rührt zum Beispiel das erste Unterthema „Einheit der Bildungswege“. Gerade aber hier zeigen sich die beachtlichen Schwierigkeiten beim „Heraustreten aus dem Elfenbeinturm“: Wenn zum Beispiel in der Diskussionsgruppe über den Rahmenplan zur Neugestaltung des allgemeinbildenden Schulwesens des deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen die Mehrzahl der Teilnehmer Lehramtskandidaten waren, war es für die Nicht-Pädagogen schwer, fruchtbar zu wirken. Außerdem bestand und besteht beim Auswerten noch die Gefahr, daß die vom VDS bestimmten Diskussionsleiter und der Hochschulreferent (Dr. Kalischer) ihre durchaus fundierte Meinung zu weit in den Vordergrund stellen. Andererseits zeigte gerade auch diese Diskussionsgruppe die gut mögliche Mitarbeit von Laien. Die Diskussion erbrachte eine Zustimmung zur geplanten gemeinsamen Förderstufe im 5. und 6. Schuljahr vor der Differenzierung in weiterführende Schulen, dagegen eine Ablehnung der als Überbleibsel des alten Gymnasiums betrachteten Studienschule (schon nach dem 4. Schuljahr). Für die Hauptschule (7.-10. Schuljahr), die kürzeste der an die Förderstufe anschließenden Typen, Nachfolger der jetzigen 8- oder 9-klassigen Volksschule und die Mittelschule wurde angeregt, die Berufswelt (nicht die Berufsausbildung) mit in das Lehrprogramm einzubeziehen. Speziell da war die Mischung der Gruppe nicht nur aus Pädagogen sehr vorteilhaft, weil Erfahrungen aus anderen Berufszweigen unmittelbar geäußert werden konnten.

Angesichts der Tatsache, daß nur 20% der Oberschulanfänger das Abitur tatsächlich machen, muß die Möglichkeit eines vorzeitigen wertvollen Abschlusses der höheren Schule geschaffen werden. Neben einem Ausbau der Real- oder Mittelschule als dritten Zweig der weiterführenden Schulen gemäß dem Rahmenplan wurde nach dem 11. Schuljahr in der Oberschule (Obersekunda) eine Abschlußprüfung („Höhere Reife“) angeregt. Viele Berufe, die jetzt die Reifeprüfung verlangen, sollen damit vorliebnehmen. Eine Oberstufeneingangsprüfung soll dafür sorgen, daß das Niveau der Oberstufe der wiederherzustellenden Bedeutung des Abiturs als echte Bescheinigung der Hochschulreife entspricht. Die Oberstufe mit dem empfohlenen seminaristischen Unterricht wird auch in ihren Aufgaben („Rüstzeug für die Aufnahme eines selbstverantwortlichen Studiums“) etwas grundsätzlich anderes als die Mittelstufe sein.

Am Beispiel des Schulwesens wurde das durch die sehr gut redigierte Vorbereitungsschrift des VDS unterstützte Verfahren auf dem 6. Studententag gezeigt. Auch die anderen, als Beiträge zur weiteren Diskussion gedachten Forderungen und Empfehlungen kamen auf ähnliche Art

und Weise (Betrachten aller Tatsachen, Ausschalten von Vorurteilen und des Emotionalen) zu Stande, wobei vielleicht die starr festgelegte Anzahl und die begrenzten Themen der Diskussionsgruppen etwas hinderlich waren.

Der zweite (besser: andere) Bildungsweg unter spezieller Beachtung der Erlebnisse der Berufsarbeit darf nicht als Konkurrenz zur Oberschule empfunden und sollte weiter ausgebaut werden.

Die höheren Fachschulen müssen durch Anhebung des Ausbildungsniveaus, Klärung des Problems eines Abschlußtitels und vor allem durch Ausdehnung der Honnef-Förderung auf ihre Studenten attraktiver gemacht werden. – Auf dem Gebiet der Hochschulen wurden im wesentlichen die vom VDS im Anschluß an das Gutachten des Bundesinnenministeriums im letzten Herbst geäußerten Vorschläge bekräftigt: Studienpläne und Prüfungsordnungen müssen von der Universität und nicht von der Praxis bestimmt werden. – Akademische Zwischenprüfungen sollten nur den Erfordernissen des Studiums dienen, nicht aber der Beschränkung der Studentenzahlen („herausprüfen“), allerdings auch zur Aussonderung ungeeigneter Bewerber. – Die Einführung und der weitere Ausbau von Praktika soll der Berufsvorbereitung, der Weltorientierung und der Förderung des Verantwortungsgefühls des Akademikers für Staat und Gesellschaft dienen.

Mit den Ergebnissen der Diskussionen unter dem Thema Studium im Ausland werden wir uns demnächst im Zusammenhang mit der Möglichkeit eines Auslandsstudiums für Darmstädter Studenten beschäftigen.

Bei dem einführenden Podiumsgespräch zum Unterthema „Mut zur Politik“ (Prof. Carlo Schmid, Kultusminister Osterloh, Prof. Sieber (FU Bln), Hellmut Becker, (Präs. d. Volkshochschulverbandes) wurde zur Intensivierung der politischen Bildungsarbeit an den Hochschulen Diskussionen mit Politikern empfohlen. Dem stehen allerdings die Erfahrungen der oft erfolglosen ASTA-Bemühungen gegenüber, geeignete, prominente Teilnehmer dafür zu finden.

In den Gruppen wurden besonders die VDS-Vorschläge diskutiert, die politische Bildung an der Hochschule nicht allein einem, womöglich zur Pflicht gemachten Fach zu überlassen, sondern die politische Bildung in jedem Unterrichtsfach zu betreiben. Hier konnten freilich noch keine Empfehlungen gegeben werden, sondern die Schwierigkeiten wurden zuerst gesammelt. Es wurde festgestellt, daß besonders in den technischen und naturwissenschaftlichen Disziplinen die Studenten von ihren Hochschullehrern, ob absichtlich oder ungewollt, politisch unmündig gelassen werden und deshalb allzuoft bereit sind, sich willenlos in jedes politische System einzuordnen. Angesichts der „hierarchischen Ordnung mancher Industriebereiche, der Universität und anderer Bereiche unseres öffentlichen Lebens“ (Kaub) bedürfen wir der tatkräftigen Unterstützung unserer akademischen Lehrer auch auf dem Gebiet der politischen Bildung, die an unseren Hochschulen jedoch nicht zur Ideologisierung wie an den mitteldeutschen Hochschulen ausarten soll: Dort muß eine extreme Möglichkeit als richtig hingestellt und geglaubt werden; der Zweck unserer politischen Bildung ist es gerade, die Fähigkeit zur richtigen Auswahl zu schaffen.

Ein solcher Studententag ist immer eine schwierige Sache: Er kostet viel Geld, trotzdem lassen sich Schwierigkeiten bei der Organisation kaum vermeiden. So erhielten die Teilnehmer leider die gute Vorbereitungsschrift sehr spät, manche Kommilitonen ihre Busfahrkarten gar nicht, und die Omnibusse kamen am Anreisetag sehr spät, z. T. erst am folgenden Morgen in Berlin an. Diese Unzuträglichkeiten zusammen mit der nicht sehr bequemen Unterbringung in einer ehemaligen Kaserne betrübten und verärgerten man-

Fortsetzung nächste Seite unten

10 JAHRE STIFTERVERBAND

„Unter voller Würdigung des Vorranges von Wohnraum und Nahrung müssen wissenschaftliche Forschung, Lehre und Ausbildung unser aller vordringlichstes Interesse finden. Jeder Erwerbszweig, sei es Handel, Handwerk, Industrie oder selbständiger Beruf, ist unmittelbar mit dem Stand der Wissenschaft auf Gedeih und Verderb verbunden. Was heute zu ihrer Förderung geschieht, kann voraussichtlich nie mehr aufgeholt werden. Wir fordern daher alle Unternehmer und alle selbständigen Erwerbstätigen auf, den Stifterverband für die deutsche Wissenschaft in dem ihrer finanziellen Kraft angemessenen Umfang zu unterstützen. Wir appellieren nicht an Idealismus und Opfersinn, sondern an ruhige Überlegung, die Sinn und Zweck unseres Aufrufes bejahen wird.“

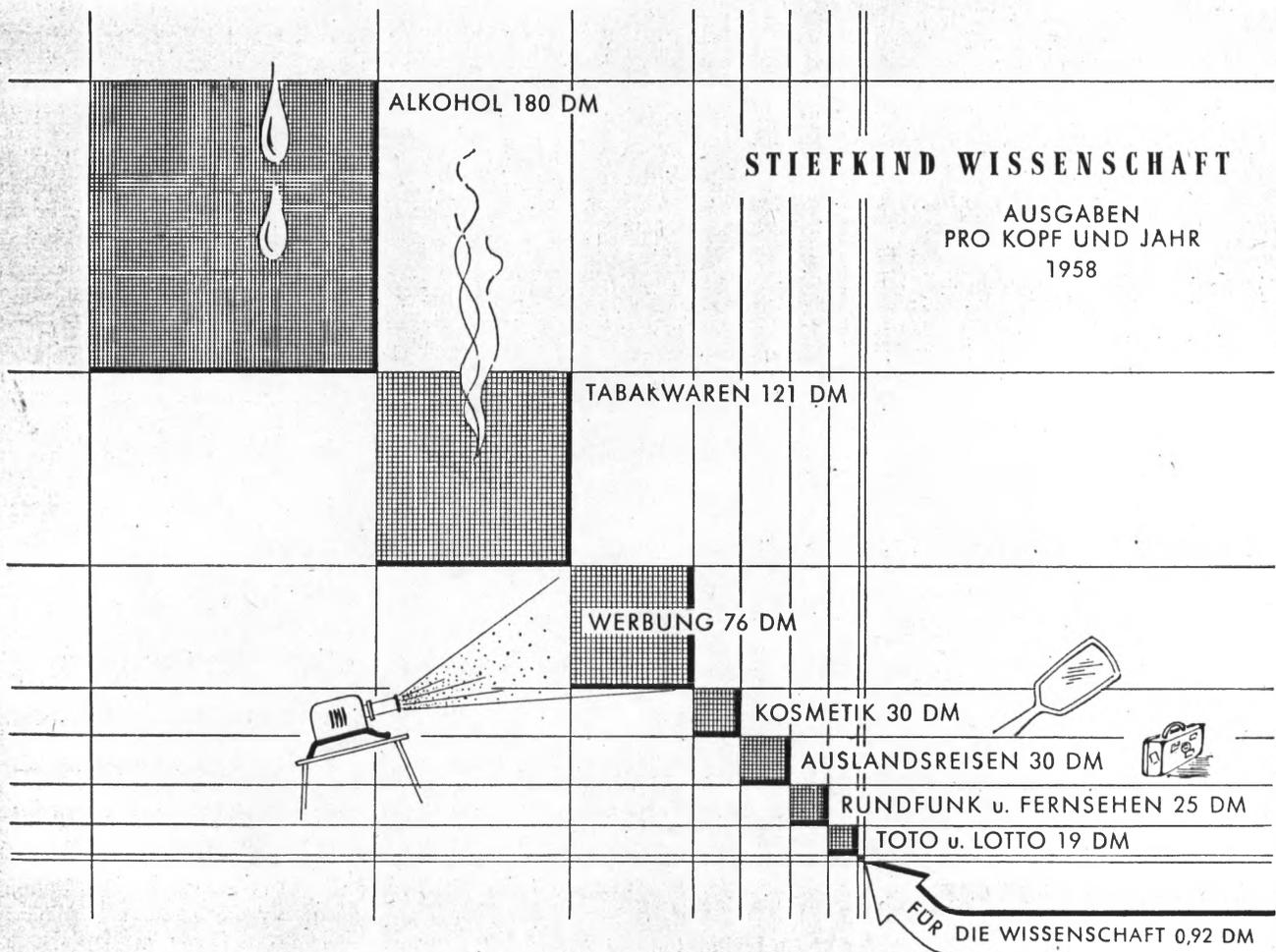
Mit diesem eindringlichen Appell wurde der Stifterverband im Jahr 1949 wiedergegründet. Auf der diesjährigen Jahresversammlung in Wiesbaden übergab er jetzt seinen Zehnjahresbericht der Öffentlichkeit. Aus ihm geht hervor, daß der Stifterverband in den 10 Jahren seit seiner Wiederbegründung der deutschen Wissenschaft über 106 Millionen DM zur Verfügung gestellt hat, von denen 57% auf freie Spenden und 43% auf zweckgebundene Spenden fielen. Im vergangenen Jahr wurden von den rund 12 Millionen

DM, über welche der Stifterverband an freien Mitteln verfügen konnte, 29% für die Förderung der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften, 23% für die Förderung der Medizin und 48% für die Förderung der Naturwissenschaft und Technik ausgegeben.

Die Bemühungen des Stifterverbandes zeigen, daß es Persönlichkeiten in der Industrie gibt, die begriffen haben, daß wirtschaftlicher Wohlstand der Industrie und des einzelnen Unternehmers nicht zu trennen sind vom geistigen Wohlstand des Volkes. Der Stifterverband schweigt sich aber darüber auch nicht aus, daß er mit seinen Bemühungen nicht immer ganz durchdringt und wie weit er noch von seinem Ziel entfernt ist. 1% des Jahresgewinns sollen die Industrie- und Handelsunternehmen als freie Spenden der Wissenschaft zur Verfügung stellen. Nur 400 Unternehmen haben sich an diese Empfehlung gehalten. Eine vollständige Durchführung der 1% Aktion würde zu einer Verdreifachung des bisherigen freien Spendenaufkommens führen.

Die Graphik aus der Schrift „10 Jahre Stifterverband“ zeigt, wie verhältnismäßig gering die Ausgaben für das „Stiefkind Wissenschaft“ pro Kopf der Bevölkerung sind und daß von einer großzügigen Unterstützung von Forschung und Wissenschaft nicht die Rede sein kann.

(dds)



che Teilnehmer so sehr, daß sie den Studententag für Schule hielten und nur das taten, was unbedingt verlangt war – und nicht mehr. Die Stimmung für Diskussionen auch außerhalb der eingeteilten Gruppen kam deshalb vielfach nicht auf. Darüberhinaus ließ es sich in Berlin selbstverständlich nicht vermeiden, daß manche der 1000 Teilnehmer den Studententag für den Elfenbeinturm hielten, Abschied nahmen

und sich anderen Beschäftigungen zuwandten: der Anschaffung von Büchern und Schallplatten in Ost-Berlin (unter dem Deckmantel des Interesse für „unsere lieben Brüder und Schwestern“), und die Vorteile niedriger Branntwein- und Getränkesteuer in Westberlin wahrnahmen.

Gerade Sie sollten im kommenden Jahr im AStA sitzen. Darum: Kandidieren Sie!



BEHINDERTE NACHRICHTENTECHNIK

Seit Ende letzten Jahres ist das sechsgeschossige Gebäude der Fakultät für Elektrotechnik zwischen Alexanderstraße und Landgraf-Georg-Straße mit den Hallenbauten fertig (nur die Hochspannungshalle und der sechseckige Hörsaalbau fehlen noch). Vier Lehrstühle und Institute sind dort untergebracht: Hochspannungs- und Meßtechnik (Professor Frühauf), Elektrische Maschinen und Antriebe (Professor Krämer), Elektrische Anlagen und Netze (Professor Lebrecht) und Regelungstechnik (Professor Oppelt).

Die beiden nachrichtentechnischen Institute (Professor Küpfmüller und Professor Zinke) sollen nach der Planung von 1954 in einem neuen Institut an der Stelle des jetzt noch bestehenden Gefängnisses in der Rundeturmstraße untergebracht werden, so daß die Institute der Fakultät für Elektrotechnik in gutem Zusammenhang stehen würden.

Aus Gründen, die mit der Hochschule und dem Hessischen Ministerium für Erziehung und Volksbildung nichts zu tun haben, konnte bisher noch kein neuer Platz für das Gefängnis (in oder außerhalb Darmstadts) gefunden werden. Der 1952 bei der Berufung von Herrn Professor Küpfmüller bereits zugesagte Neubau eines Instituts für Allgemeine Nachrichtentechnik konnte deshalb noch nicht verwirklicht werden. Auch bei der Berufung von Herrn Professor Zinke wurde der spätere Neubau des Instituts auf dem Gelände an der Rundeturmstraße besprochen.

Nimmt man an, daß günstigenfalls in diesem Jahr die Einigung zwischen den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden über das Gelände für den Neubau der Haftanstalt zustandekommt, so würde eine vorsichtige Schätzung folgenden Zeitplan für möglich halten.

- 1961 Erschließung des Grundstücks und Planung der Haftanstalt. Ende 1961 Baubeginn.
- 1962 Rohbau.
- 1963 Fertigstellung und Einrichtung der neuen Haftanstalt.
- 1964 Abriß der alten Gefängnisbauten. Baubeginn für die Institute für Nachrichtentechnik.
- 1965 Rohbau und Richtfest für die Nachrichtentechnik.
- 1966 Fertigstellung des Neubaus.
- 1967 Einzug der Institute der Nachrichtentechnik in den Neubau.

Demnach müssen die Studenten der Elektrotechnik, von denen etwa $\frac{2}{3}$ Nachrichtentechnik studieren, noch 7 Jahre auf die Einrichtung ihrer Institute in einem entsprechenden Neubau warten. Die Fakultät für Elektrotechnik hat daher vorgeschlagen, einen Teilbau für die Institute der Professoren Küpfmüller und Zinke auf dem von Herrn Professor Frühauf nicht beanspruchten freien Gelände zwischen Hallenbauten und Gefängnismauer zu errichten, der in einem 2. Bauabschnitt auf dem später freigemachten Gefängnisgelände fortgesetzt werden kann. Zur Zeit wird auf Bitte der Hochschule vom Hochschulbauamt die Möglichkeit geprüft, ob noch vor Abriß des alten Gefängnisses dieser Teilbau der nachrichtentechnischen Institute im östlichen Anschluß an die Hallengebäude gebaut werden kann.

Es muß abgewartet werden, ob zur Realisierung dieses Plans eine Einigung zwischen der Bauabteilung des Hessischen Finanzministeriums als Bauherrn und der Stadt Darmstadt erreicht werden kann.

Da im letzten Jahr im Rahmen des Schwerpunktprogramms des Deutschen Wissenschaftsrates Darmstadt zum Schwerpunkt der nachrichtentechnischen Forschungen erklärt wurde, ist ein Neubau trotz der Aufstockung auf das alte Institutsgebäude vor zwei Jahren noch dringender geworden. Sollte die Prüfung durch das Hochschulbauamt ein negatives Ergebnis haben, bleibt vorerst keine andere Möglichkeit, als mit provisorischen Maßnahmen die Platzenge in dem im Jahre 1934 errichteten Institut in der Schloßgartenstraße 8 zu überwinden.

Eine dieser Notmaßnahmen sieht vor, daß bereits vom SS 1960 ab das Nachrichtentechnische Praktikum in einen Teil der 3. Etage des Neubaus der Starkstromtechnischen Institute verlegt wird. Dieses Stockwerk war ursprünglich vollständig für Arbeitsplätze der Studenten der Elektrotechnik in allen Semestern vorgesehen. Es ist nicht mehr möglich, Plätze für die ersten bis vierten Semester zuzuteilen, und ein Teil der Studenten des 5. Semesters muß zusammenrücken. Immerhin steht in den übrigbleibenden Sälen des 3. Stockwerks für jeden Studenten noch doppelt soviel Platz zur Verfügung als für die Studenten der Nachrichtentechnik, die im Seminarraum des Instituts in der Schloßgartenstraße zu je 2 nur einen kleinen Tisch von 60 cm × 130 cm sich teilen müssen.

Eine andere Alternative – etwa der Bau eines nachrichtentechnischen Instituts auf dem schon vorhandenen Gelände zwischen Arheilger- und Pankratiusstraße im Norden der Hochschule – kommt nach Ansicht der Fakultät für Elektrotechnik nicht in Frage, weil der Abstand (600 m) von dem anderen E-Technischen Institut zu groß ist. dn



Das Bild zeigt von links: Stahlbau-Institut, dahinter Institut für Zellulosechemie, die Mathildenhöhe (darunter Stadtmauerrest) das Gefängnis, das Wasserbau-Institut mit Halle, das Hallenbad und die Ankerbrauerei. Im Vordergrund die Hallen der Elektrotechnischen Fakultät in deren Anschluß noch die 23 m hohe Hochspannungshalle demnächst gebaut wird. Ein Grünzug soll Schloß und Mathildenhöhe verbinden, er wird in der linken Hälfte des Bildes eine noch zu bauende Querstraße kreuzen. Der Komplex des Gefängnisses soll für die Nachrichtentechnischen Institute eines Teiles der Nachrichtentechnischen Institute begonnen werden kann freigemacht werden. Es erscheint fraglich, ob vorher noch mit dem Bau

Eine solche Alternative wäre unserer Meinung nach auch ein weiterer bedauerlicher Schritt auf dem Weg zu einer unorganischen Struktur der Technischen Hochschule im Bereich der Stadt Darmstadt. Für die Ursachen dieser Entwicklung wollen wir niemanden verantwortlich machen. Oberbürgermeister Dr. Engel hat sie am 6. Januar 1960 in einer Presseerklärung zu einer Analyse des Darmstädter Baugeschehens in der „Bauwelt“ genannt: Die Entwicklung eines so großen wirtschaftlichen Wohlstandes war 1946, als man mit dem Aufbau der Hochschule begann, nicht voraussehen. Wenn auch, wie der Oberbürgermeister ebenfalls in dieser Presseerklärung betonte, angebotenes Gelände der Landgraf-Georg-Straße von der Hochschule abgelehnt wurde (weil nämlich der Streifen mit 28 m Breite für Hochschulinstitute zu schmal und deshalb unwirtschaftlich war), sollten die gerade auszubadenden Grundstücksschwierigkeiten der Hochschule alle Beteiligten dazu anregen, das Problem einer weiteren Ausdehnungsmöglichkeit der Technischen Hochschule Darmstadt mit der nötigen Großzügigkeit zu behandeln.

Die Stadt Darmstadt bewies und beweist mit dem Mensazuschuß (10 000 DM) für Januar und dem Schuldendienst für das Hochschuldorf (12 000 DM jährlich) ihre Verbundenheit mit der Hochschule und sollte diese Verbundenheit auch durch eine Unterstützung bei der Bewältigung der Grundstücksschwierigkeiten für die weitere Ausdehnung der Hochschule wirken lassen.

Das Gelände zwischen Hochschulstadion und Botan. Garten böte beispielsweise unserer Meinung nach die Gelegenheit zur Schaffung eines zweiten Darmstädter Hochschulbereiches. Die erfolgversprechenden Verhandlungen mit der Stadt scheinen allerdings auf ein anderes Gelände gerichtet zu sein. Wir hoffen, daß es ebenso günstig ist.



**Für Studenten
Vorzugspreis
monatlich 3.— DM**

In den Semesterferien portofreier Versand an die Heimatanschrift. Bestellungen über die Akademische Buchhandlung Darmstadt oder über Herrn Wolfgang Repke, Redaktion „dds“.

Deutsche Zeitung

Durch tägliches Lesen dieser großen, überregionalen Tageszeitung werden Sie sich Ihre eigene, fundierte Meinung zu den politischen und wirtschaftlichen Vorgängen bilden.

Die Deutsche Zeitung wird Ihnen deshalb für Ihr Studium und Ihren späteren Beruf immer von Nutzen sein.

Unsere Anschrift: DEUTSCHE ZEITUNG Vertriebs-Abteilung
Köln, Apostelnstr. 13



COMMERZBANK

AKTIENGESELLSCHAFT

FILIALE DARMSTADT

Darmstadt, Rheinstraße 34 · Telefon 71491

GESCHÄFTSSTELLEN ÜBERALL IM BUNDESGBIET UND IN WEST-BERLIN

Eigene Auslandsvertretungen in Amsterdam, Beirut, Buenos Aires, Johannesburg, Kapstadt, Madrid, Rio de Janeiro, Windhoek

SCHMUTZIGE ASTA-WÄSCHE

Rücktritt beider 2. Vorsitzender – Kein Hochschulfest

Die erste AStA-Sitzung im SS 60 fand am 5. Mai im Mensa-Café statt. Von der umfangreichen Tagesordnung konnten nur die wenigsten Punkte erledigt werden, weil der größte Teil der zur Verfügung stehenden Zeit für eine makabre Erörterung verbraucht wurde: Ludger Bußhaus (2. Vors., innen) und Ronald Petzold (2. Vors., außen) stellten mit Beginn des Sommersemesters ihre Ämter zur Verfügung. Dieser in der TH-Historie des AStA recht seltene Doppeltücktritt war – obwohl in den vorangegangenen Wochen schon gerüchtweise durchgesickert – die „Sensation“ in der kargen Alltagsarbeit des AStA.

Petzold legte sein Amt, wie er in seinem von ihm selbst verlesenen Begründungsbrief darlegte, aus finanziellen und vor allem Studienschwierigkeiten nieder. Anders bei Bußhaus; auch er verlas seinen an den AStA-Vorstand geschriebenen Rücktrittsbrief: Konfessionelle Differenzen mit dem 1. Vorsitzenden Rainer Lochau und dessen persönliche Gegnerschaft zu studentischen Verbindungen – Bußhaus gehört der katholischen Verbindung „Unitas Palatia“ an – hätten eine Zusammenarbeit des Vorstands mit ihm, Bußhaus, unmöglich gemacht.

Der AStA-Chef konterte diese persönlichen Vorwürfe mit einer Erwähnung der von Bußhaus in der bisherigen Amtszeit geleisteten sachlichen Versager: Abstimmungen bei der Mitgliedsversammlung des VDS entgegen den Absprachen des Vorstandes; mangelnde Unterrichtung des Vorstandes über seine eigenen Tätigkeiten; Desinteresse an den Belangen des AStA in der kritischen Zeit Ende Februar, als ein AStA-Gesamtücktritt unter Umständen nötig gewesen wäre; ausgesprochene Fehlleistungen bei Reden und Berichten.

Lochau: „Ich bin der Meinung, daß Bußhaus in sachlicher Hinsicht versagt hat. Er ließ die gewisse Auffassung von Pflicht fehlen. Ich finde es unfair, dieses sachliche Versagen durch persönliche Anwürfe zu überdecken und dem Rücktrittsgesuch das dünne Mäntelchen umzuhängen, ich hätte durch konfessionelle und korporative Ressentiments seine Arbeit sabotiert!“

Obwohl in der folgenden Diskussion die Stichhaltigkeit der Argumente des 1. Vorsitzenden durchaus klargelegt wurde, hielt es Bußhaus nicht für nötig, seine Vorwürfe, die er in dem Brief niedergelegt hatte, auch nur mit einem Wort zu begründen. Trotzdem wurde nur in recht verwaschener und mißverständlicher Form Lochau das Vertrauen ausgesprochen, woraufhin Lochau sein Amt sofort niederlegte; er fühlte sich nicht von den Bußhaus'schen Vorwürfen religiöser und anderer Ressentiments rehabilitiert.

Nur mit Mühe brachte der AStA eine weitere, diesmal eindeutige Stellungnahme zu Stande. Woraufhin Lochau auf Bitten des AStA sich bereit erklärte, die Arbeit als erster Vorsitzender weiterzuführen.

Hiernach wurden die Nachwahlen für die zweiten Vorsitzenden durchgeführt (Bild).

Weiterhin wurden die Termine für die AStA-Wahl beschlossen, der bisherige dds-Chefredakteur Detlef Geisendorfer entlastet, der neue Chefredakteur Dietrich Determann bestätigt – und über das Hochschulfest debattiert.

Auf der grünen Wiese?

Die Redner, die sich in der Grundsatzdebatte für das Hochschulfest in seiner bisherigen Form einsetzten, beriefen sich auf die Tradition und das gute Einkommen aus dieser großen und repräsentativen Veranstaltung in der THD. (An Weihnachten 1959 wurden 5955,- DM an 60 Bewerber als

Weihnachtsstipendien ausgezahlt). Der Kritiker waren allerdings auch einige: vorerst sei für die kurzfristige Vorbereitung – das Fest soll zwischen 22. und 25. Juni stattfinden – überhaupt kein routinierter Organisator zu bekommen, denn die vorjährigen hätten keine Zeit. Vor allen Dingen aber sei gerade die bisherige Form des Massenvergnügens nicht die Repräsentation unserer Hochschule, die sie sein sollte. Es wurde vorgeschlagen, statt des „akademischen

Color-Vergrößerungen jetzt billiger 7x10 u. 9x9 nur DM 1,20 innerhalb 2 Tagen aus meinem eigenen Farblabor.

PHOTO-HAUSCHILDT, Darmstadt, Ludwigstraße 9

Heinerfestes“ entweder eine prosaischere Form zu finden – etwa durch eine vergrößerte und ausgebaute „gesamtdeutsche Woche“ oder etwas ganz Neues zu machen – z. B. ein Fest im Freien auf einer Festwiese. Als Beschluß des AStA ergab sich jedoch nur: „Im Sommer findet ein Hochschulfest in der Hochschule statt.“ Wer es allerdings organisiert, ist ungewiß, und infolgedessen auch die ganze Frage des Stattfindens überhaupt. nc

In den nach der AStA-Sitzung folgenden Tagen stellte sich heraus, daß trotz großen Werbeaufwands sich niemand fand, der die Organisation eines großen Hochschulfestes übernehmen wollte. Infolgedessen wird in diesem Jahr nur ein „Sommerfest“, ein Ball in der Otto-Berndt-Halle am 25. Juni stattfinden. Karten dazu werden nur in beschränktem Umfang im Vorverkauf zu erhalten sein. Die intimere Anlage des Festes läßt erhoffen, daß in diesem Jahr mehr Professoren daran teilnehmen werden.

HOBBYFREUDEN – FREIZEITGLÜCK

Der Allgemeine Studentenausschuß hat in seiner Sitzung am 5. 5. 60 die Termine für die nächste AStA-Wahl beschlossen:

Freitag, 13. Mai: Beginn der Wahlliste

Sonnabend, 4. Juni: Schluß der Wahlliste

Dienstag, 14. Juni bis

Montag, 20. Juni: Aushängen der Kandidatenliste

Dienstag, 21. Juni bis

Donnerstag, 23. Juni: Wahl.

Wählbar ist jeder ordentliche Studierende der Technischen Hochschule Darmstadt. Die Aufforderung zur Abgabe einer Kandidatur geht also **alle 4000 Darmstädter Studenten an**. Die in der letzten AStA-Sitzung des Wintersemester (s. S. 16) erwähnte in Aussicht stehende Erweiterung der Möglichkeiten der studentischen Mitarbeit in Senat und Fakultäten ist ein neuer Aspekt in der Werbung um Kandidaten für die studentische Selbstverwaltung. Sie haben die Möglichkeit, als Studentenvertreter mit den Professoren in einen Kontakt zu kommen, der sonst vielfach nicht zu Stande kommen kann.

Wenn Sie Ihre Entscheidung über Ihre Kandidatur fällen, dann bedenken Sie bitte, daß der AStA die angekündigten Vorträge über politische Gegenwartsfragen veranstaltet, daß das Kulturreferat im letzten Wintersemester vielbeachtete Dichterlesungen zu Stande brachte, und nicht zuletzt die Beliebtheit der vom Auslandsreferat organisierten Reisen und vermittelten Praktikantenplätze. Erinnern Sie sich auch daran, daß Sie anlässlich des Mensa-Streiks mit der anfänglichen Reaktion des AStA möglicherweise unzufrieden waren, und daß dann doch noch etwas gerettet werden konnte.

Wir wünschen Ihnen bei Ihrer Entscheidung für oder gegen eine Kandidatur die größtmögliche Qual. dn

Klaus Knothe, 23 Jahre alt, wurde am 5. Mai zum 2. Vorsitzenden (außen) gewählt. Er war nach seiner Wahl in den AStA seit dem WS 59/60 als Referent für Ausländerbetreuung tätig. Knothe studiert seit WS 56/57 Bauingenieurwesen, zuerst an der TH München, wo er 1958 sein Vorexamen ablegte. Seitdem hier in Darmstadt. — Sein linksgerichtetes politisches Interesse kam in Diskussionen in der evangelischen Studentengemeinde und der Gesamtdeutschen Arbeitsgruppe an der THD zu Tage. Seit Anfang dieses Jahres dehnte Knothe seine AStA-Arbeit auch auf andere Gebiete als die Ausländerbetreuung aus, indem er an Landesverbandskonferenzen, der Mitgliederversammlung und der Delegiertenkonferenz des VDS im März in Heidelberg teilnahm.



Helmut Trinkaus, Jahrgang 1937, studiert seit dem SS 57 an der THD Mathematik und Physik. Er gehört dem VdSt an und wurde im vorigen SS in den zur Zeit amtierenden AStA gewählt. Als Fachschaftsleiter der Fakultät für Mathematik und Physik erreichte er im vergangenen Semester die Bildung von Arbeitsgruppen, in denen die Anfangssemester mit befähigten älteren Studenten den Stoff aus Vorlesungen und Übungen überarbeiteten. Eine gewisse Popularität erreichte er, als er im



Winter vor den streikenden Massen vor der Mensa auftrat — In seiner neuen Stellung als zweiter Vorsitzender (innen) will er sich weiterhin mit den ihn schon als Fachschaftsleiter interessierenden Fragen der Studienreform, der Studentischen Kranken-Versorgung und ähnlicher interner Hochschulangelegenheiten befassen.



Rainer Lochau, 24 Jahre jetzt, ist nach wie vor 1. Vorsitzender des AStA. Die Turbulenz des letzten Semesters — seiner Meinung nach das ereignisreichste der ganzen bisherigen AStA-Geschichte — hat er recht gut überstanden. — Auf Grund des Mensastreiks und der Diskussion um das hessische Hochschulrahmengesetz war der größte Teil seiner Arbeit im letzten Semester auf die Themen Mensa und Sozialleistungen und vor allem Hochschulsatzung konzentriert. Für den Rest seiner Amtsperiode hat er vor, sich hauptsächlich mit SKV, Auslandsstudium und Hochschulfest zu befassen. Der persönliche Eindruck seiner AStA-Tätigkeit: „Ich bin zur Zeit etwas müde, denn das Amt des 1. Vorsitzenden fordert eine solche Unmasse von Verwaltungsgeschäftigkeit, daß darunter der Blick auf die wichtigen Angelegenheiten nur zu oft verloren geht.“

ANMERKUNG des Redakteurs: Die Stellung der Bilder soll weder die Stellung im AStA, noch die politische Richtung symbolisieren.

REFERAT FÜR GEGENWARTSFRAGEN

- 24. 5. Vortrag L. Auerbach, Institut Infratest München:
„Umbruch in der Zone“ — Versuch einer soziologischen Diagnose“
- 30. 5. Vortrag Erich Kuby:
(Thema noch unbekannt)
- 31. 5. Diskussionsabend:
„Studenten ohne politische Interesse?“
- 28. 6. Vortrag Professor Dr. Boris Meissner, Univ. Kiel:
„Die Sowjet-Union in der Aera Chruschtschew“
- 5. 7. Diskussionsabend:
„Das Rassenproblem in Südafrika“
- 8.—
- 10. 7. Wochenendseminar Dr. Harry Pross:
„Der nationalsozialistische Antisemitismus“

Am Tag der Deutschen Einheit 17. Juni veranstaltet das Kuratorium Unteilbares Deutschland um 20 Uhr eine Kundgebung auf dem Friedensplatz.

Am ersten Abend dieser Reihe referierte Dr. Tartler, Assistent bei Prof. Schelsky in Hamburg, über das Thema „Sozialstruktur und Industrialisierung“. Mit den rhetorischen Möglichkeiten des geübten Soziologen glänzte er bei dem Versuch, unberechtigte und schädliche Vorurteile auszuräumen. Einige sehr scharf formulierte negative Feststellungen gaben den ca. 20 Zuhörern und besonders dem veranstaltenden AStA-Referenten für Gegenwartsfragen Hans Gossel eine kalte Dusche: Etwa die Feststellung, daß so etwas wie politische Bildung nicht möglich und auch garnicht notwendig sei, da ja für unsere Demokratie, die er allerdings als bloßes Konkurrenzsystem bezeichnete, eine Minderheit von politisch Interessierten ausreiche. Das sei aber gleichzeitig ein Trost für die Veranstalter, sich nämlich durch so geringe Hörerzahl nicht beirren zu lassen. — Das soll denn auch nicht geschehen.

KULTURREFERAT

am 24. 5. (leider ließ sich die Überdeckung des Termins mit dem eines politischen Vortrages aus Termingründen nicht vermeiden) ein **Gastspiel von Gerhard Lenssen, Dresden**, mit Rezitationen aus der Dreigroschenoper.

Für die Dichterlesung von Marie-Luise Kaschnitz im Mai oder Juni liegt der Termin noch nicht fest.

FILMKREIS

- 1. 6. „Das letzte Wochenende“
- 22. 6. „Die ist nicht von gestern“
- 29. 6. „Der Schatz der Sierra Madre“
- 6. 7. „Alles über Eva“
- 13. 7. „Ein Amerikaner in Paris“

dn.



Am 6. Mai 1960 feierte Dr.-Ing. Gruber, o. Prof. für Baugeschichte und Städtebau an der Technischen Hochschule Darmstadt seinen 75. Geburtstag. Mit unseren Glückwünschen verbinden wir die Hoffnung, daß Professor Gruber uns und unseren Nachfolgern noch lange als Lehrer zur Seite stehen wird. Die Exkursionen Professor Grubers zu den benachbarten Baudenkmälern waren immer Ereignisse für die Architekturstudenten. Unser Bild zeigt die konzentrierte Anteilnahme der Kamilliten 1955 in Bad Wimpfen an Professor Grubers Erklärungen. Das Skizzenbuch wartet auf Füllung und solche Exkursionen sind keine Besichtigung mit firmenbezogener Bewirtung. Für das Fach „Baufaufnahme“, in dem wir Prof. Gruber noch erleben durften, gilt das, was er von seinem Lehrer Friedrich Ostendorf gesagt hat: „Und das ist vielleicht das Höchste, was von einem Lehrer gesagt werden kann, daß seine Persönlichkeit so reich an echtem Gehalt war, daß mit dem, was sie empfangen hatten, die einstigen Schüler zu neuen Ufern vorstoßen konnten.“ Diese Feststellung darf nicht als Anmaßung unsererseits gewertet werden, denn die Ufer könnten ja auch kleinen, unwichtigen Inseln angehören. Wichtig ist nur, daß wir von Prof. Gruber in Stand gesetzt wurden, überhaupt selbständig uns um Baugeschichte zu bemühen.

TECHNISCHE HOCHSCHULE DARMSTADT

Hochschulsatzung

Am 17. Februar 1960 beriet der Große Senat die neue Hochschulsatzung. Die Bedenken gegen eine weitgehende Beteiligung der Studentenschaft an der Hochschulverwaltung wurden auch in dieser entscheidenden Sitzung vorgebracht. Die sehr guten Argumente maßgeblicher Professoren überzeugten den Senat. Er beschloß, daraufhin in erster Lesung der Satzung mit den eine weitgehende studentische Beteiligung an der akademischen Selbstverwaltung vorsehenden Paragraphen. In der darauffolgenden ASiA-Sitzung am 18. 2. sprach der erste Vorsitzende, Rainer Lochau, dem Senat und besonders dem anwesenden Rektor, Magnifizenz Bartmann, den Dank des ASiA für das erwiesene Vertrauen aus. Lochau betonte die gute Zusammenarbeit mit dem Rektor und wies auf die Möglichkeiten einer weiteren Verbesserung und Intensivierung dieser Zusammenarbeit hin, die sich aus den Bestimmungen der neuen Satzung ergeben würden.

Wenn die Hochschulsatzung in dieser Form beschlossen wird, werden in Darmstadt die Wünsche der deutschen Studenten zur Beteiligung an der Hochschulverwaltung, die in dem Heidelberger VDS-Memorandum gestellt wurden, weitgehend erfüllt sein. Darmstadt hat dann neben den Berliner Hochschulen eine der fortschrittlichsten Satzungen. (dds)

König

In dem Verfahren gegen Professor König konnte die Hauptverhandlung immer noch nicht eröffnet werden, weil die Verteidigung noch immer neue Entlastungsbeweise vorlegt. Die Hochschule hofft allerdings auf eine baldige Bereinigung der Angelegenheit. (dds)

Jubiläum

In diesen Tagen feiert die Tanzschule Stroh ihr 25jähriges Jubiläum. Das in unserer Hochschule gut bekannte Institut gibt nicht nur Gelegenheit, in Studentenzirkeln die klassischen Gesellschaftstänze und populären Modetänze zu erlernen, sondern ist darüber hinaus als Veranstaltungstätte für Fakultätsbälle und Verbindungsfeste sehr beliebt. Die dds wünscht der Tanzschule Stroh für die Zukunft weitere Erfolge und eine gute Zusammenarbeit mit den Studenten.

Ehrendoktor

Herr Obering. Erich St e m m e wurde auf Antrag der Fakultät für Mathematik und Physik die Würde eines Dr.-Ing. E. h. zur Anerkennung seiner ingenieurwissenschaftlichen Leistungen auf dem Gebiet der elektronischen Rechenanlagen verliehen. TH-Pressestelle

Sprungbrett dds

Unserem Mitarbeiter Walter Firtag ist der Sprung zur Weltpresse gelungen: Er ist ab 1. Mai 1960 in der Redaktion der „Süddeutschen Zeitung“ tätig. Wir gratulieren ihm dazu und bedauern gleichzeitig den Weggang eines geschätzten Mitarbeiters. (dds)

Landestheater und Hochschule

Rektor und Senat haben sich in die Verhandlungen um den Neubau des Landestheaters am Friedensplatz eingeschaltet, nach dem in dem im April vorgelegten, völlig neuen Plan des Landesoberbaudirektors Köhler das Theater in seiner starken horizontalen Ausdehnung zur Hochschule hin die Möglichkeiten für das neue Hörsaalgebäude erheblich einzuengen droht. Die Landesregierung hat zugesichert, die Frage, ob das umfangreiche Programm der Hochschule — einige größere, mittlere und kleine Hörsäle, Rektorat, Hochschulverwaltung und Studentische Selbstverwaltung und eine Erweiterung der Mensa in Sicht auf 6000 Studenten an der THD. — trotz des jetzigen Theaterentwurfes auf dem dafür angekauften Grundstück noch erfüllt werden kann, zu prüfen, bevor endgültig über den jetzigen Köhler-Entwurf entschieden wird. Der Rektor und die Architekturprofessoren betonten der Landesregierung gegenüber, daß sie nur als Repräsentanten der Hochschule und nicht als Architekten zu dem Theater-Entwurf Stellung nehmen könnten und wollten. (dds)

85 Jahre

Am 6. Mai beging Herr Professor Dr. rer. pol. hc. Franz Knipping, emeritierter Professor für Ingenieurwissenschaften der TH Darmstadt seinen 85. Geburtstag.

Prof. Knipping wurde 1919 auf den Lehrstuhl für Ingenieurwissenschaften (Städte- u. Straßenbau, städt. Verkehrswesen und Siedlungswasserwirtschaft) berufen, nachdem er vorher in Berlin-Lichtenberg und Bochum Stadtbaurat gewesen war. Neben seiner Lehr- u. Forschungstätigkeit war er von 1920—1950 Geschäftsführer einer Bergmannsiedlungsgesellschaft, war als Sachverständiger bei vielen wichtigen Aufgaben seines Fachgebietes tätig und veröffentlichte zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften und Sammelwerken (z. B. 1930 „Steinstraßen“ im Sammelwerk „Der neuzeitliche Straßenbau“, 1934 „Der Straßenbau der Vereinigten Staaten von Nordamerika“).

Herr Prof. Knipping wohnt jetzt in Essen, hat aber noch viel Verbindung zu den Angehörigen der Technischen Hochschule Darmstadt. Alle Freunde wünschen ihm noch frohe und gesunde Jahre. TH-Pressestelle

Studenten-Zirkel
für Anfänger und
Fortgeschrittene.
Unterricht innerhalb
Stud. Verbindungen,
sowie Ball-Leitung



TANZSCHULE STROH

Darmstadts modernstes zentral gelegenes
Tanzschulheim

Bismarckstraße 62—64, Ruf 7 13 12



Privat- u. Einzelstd.
sowie Turnierausbildung nach Vereinbarung
Anmeldung von
11 - 12 u. 15 - 19 Uhr

Honnef

Die sofortige Erhöhung der Stipendien, die an bedürftige Studenten der wissenschaftlichen Hochschulen nach dem „Honnefer-Modell“ ausgegeben werden, um mindestens 50 DM pro Monat hat kürzlich das in Berlin tagende Kuratorium des Deutschen Studentenwerks gefordert. Wie auf einer Pressekonferenz vom Vorsitzenden des Kuratoriums, Professor Dr. Hallermann, ausgeführt wurde, ist eine derartige Erhöhung der Stipendien unumgänglich, um den gestiegenen Lebenshaltungskosten Rechnung zu tragen. Gleichzeitig hat sich das Studentenwerk — die soziale Organisation der deutschen Studentenschaft — für eine Erweiterung des Kreises der geförderten Studenten ausgesprochen. Weitere Fragen, mit denen sich das Kuratorium des Deutschen Studentenwerks in Berlin befaßte, waren der Bau von Studentenwohnheimen und die Ernährung der Studenten. Untersuchungen der Mensa-Essen haben ergeben, daß die Qualität der dort den Studenten verabreichten Kost im allgemeinen unzureichend ist. Die Bemühungen des Studentenwerks gehen in Anlehnung an ausländische Gepflogenheiten dahin, den Studenten selbst nur die Deckung der Nahrungsmittelkosten zu überlassen, während die Herstellungskosten aus öffentlichen Mitteln gedeckt werden sollen.

Europa-Universität

Zur umstrittenen Frage der „Europäischen Universität“ haben die Westdeutsche Rektorenkonferenz, die Deutsche Forschungsgemeinschaft und der Hochschulverband ein gemeinsames Memorandum ausgearbeitet, das auf eine allgemeine Koordinierung des europäischen Hochschulwesens und die volle Freizügigkeit der Studenten hinzielt. In seinen Grundzügen schlägt der Plan folgendes vor: Es soll ein europäischer Ausschuß für die Koordinierung des Hochschulwesens geschaffen werden zu dem Zweck, die Hochschulen der Mitgliedstaaten so für einander zu öffnen, daß über eine Erleichterung und Verstärkung des Austausches von Studenten, Praktikanten und Dozenten das Ziel der vollen akademischen Freizügigkeit erreicht wird. Voraussetzung dafür ist eine gegenseitige Anerkennung der Studien- und Prüfungsleistungen. Als zweites Organ soll ein europäischer Forschungsrat geschaffen werden. Seine Aufgabe wäre, gemeinsame Institute einzurichten oder bestehende Forschungsinstitute näher miteinander zu verbinden.

Kulturpolitik

Bei einer zweiten Beratung des Bundeshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1960 hat der Bundestag mehr Mittel für verschiedene kulturelle Aufgaben bewilligt. So soll im Geschäftsbericht des Auswertigen Amtes der Zuschuß für die Deutsche Atlantische Gesellschaft von 30 000 DM auf 60 000 DM erhöht werden. Im Geschäftsbereich des Bundesinnenministeri-

ums wurde für die Förderung von gesamtdeutschen und internationalen Aufgaben der wissenschaftlichen Hochschulen der Ansatz von 5 030 000 DM auf 6 530 000 DM erhöht. Im Geschäftsbereich des Bundesministers für Familien- und Jugendfragen wurde der Ansatz für den allgemeinen Bundesjugendplan von 60 230 000 DM um 500 000 DM auf 60 730 000 DM erhöht. Für die politische Bildung der Jugend sind 5 Millionen DM vorgesehen. (AD)

Neuer VDS-Vostand

Die auf der Mitgliederversammlung in Heidelberg Anfang März gewählten Vorstandsmitglieder Dietrich Wetzel (1. Vors. aus Clausthal) Dieter Appelhans aus Hamburg und Lutz Erbring aus Köln traten Ende April ihre Ämter an. — Die Mitgliederversammlung befaßte sich unter anderem mit der Förderung, dem Auslandsstudium, dem BNS und der gesamtdeutschen Bildungsarbeit. Zur Frage der studentischen Mitbestimmung wurde ein Memorandum ausgearbeitet, und eine Rundfrage bei den Mitgliedshochschulen soll Klarheit über die unterschiedliche Beteiligung an den einzelnen Hochschulen bringen. (dds)

BNS

Der Bund Nationaler Studenten wurde 1957 an der Universität Heidelberg gegründet. Seine Hochschulgruppen sind heute an den Universitäten Hamburg, Bonn, Heidelberg, Münster, Mainz, Marburg, Köln, München und Tübingen vertreten. Das Auftreten dieser Gruppe, insbesondere die verteilten Flugblätter, die Art der Diskussionführung und ihr Verhalten gegenüber Andersdenkenden geben Anlaß, sich mit dieser Gruppe näher zu befassen. Die Art und Weise, wie sich der Bund Nationaler Studenten zu Nation und Volk, zu Nationalsozialismus und Konzentrationslagern, Antisemitismus und Rasse, sowie der moderne bildenden Kunst, Literatur und Philosophie äußert, führt eindeutig zu dem Schluß, daß es sich bei der Ideologie dieses Studentenbundes um eine extrem rechts stehende Gruppe handelt, die ihr Gedankengut aus der gedanklichen Produktion und der politischen Wirklichkeit des Nationalsozialismus bezieht.

Die gedankenlose Unterschätzung, die der Bund Nationaler Studenten in weiter Kreisen erfährt, beruht wohl auf der Tatsache, daß er zahlenmäßig eine kaum auffallende Minderheit darstellt. Von den ca. 200 000 Studenten in der Bundesrepublik und Westberlin gehören nach vorsichtigen Schätzungen etwa 600 Studenten dem Bund Nationaler Studenten als eingeschriebene Mitglieder an. Diese Zahl bekommt aber ein anderes Gewicht, vergleicht man sie mit den Mitgliederzahlen der größten politischen Studentengruppen in der Bundesrepublik und Westberlin, dem Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS), dem Liberalen Studentenbund Deutschland (LSD) und dem Sozialistischen-Deutschen Studentenbund (SDS). Diese Gruppen verfügen über je 2000 bis 2500 Mitglieder.

Hinzu kommt eine beim Bund Nationaler Studenten zu beobachtende ungewöhnliche Intensität des politischen Engagements und — im

Gegensatz zu den anderen politischen Studiengruppen — einen inzwischen deutlich registrierbaren Zulauf.

Hilfe für Tbc-Kranke Studenten

Seit vier Jahren besteht das Hochschulsanatorium St. Blasien für Tbc-kranke Studenten. Diese wertvolle Einrichtung wird im Herbst 1960 geschlossen werden müssen, falls sich nicht der Bund und die Länder zu einer Gesamthilfe von 50 000 DM pro Jahr bereit erklären können. Infolge der Unentschlossenheit der zuständigen Behörden hat jetzt der „Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft“ dem Deutschen Studentenwerk 25 000 DM in der Erwartung überwiesen, daß nun auch die zuständigen Bundes- und Länderbehörden die entsprechenden Beträge zur Sicherstellung des Sanatoriums bereitstellen. (dds)

Chemiestudium verkürzen

Auf dem Deutschen Chemikartag 1960, der mit rund 2500 Teilnehmern aus Wissenschaft und Industrie aus 20 Ländern am 25. 4. in Stuttgart begann, plädierte der Präsident der Gesellschaft Deutscher Chemiker, E. Wieberg, dafür, das 18-semestrige Chemiestudium auf möglichst 14 Semester zu verkürzen. Wieberg meinte, dieses Ziel ließe sich nur erreichen, wenn die Zahl der wissenschaftlichen Assistenten und Arbeitsplätze in den Instituten vermehrt würde und die Studenten selber ein intensives Studium betrieben. (AD)

Stipendiaten

Über 200 Studenten aus 54 Nationen — Stipendiaten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes — trafen sich in der vergangenen Woche in Bad Honnef, um mit Vertretern des DDAD Fragen ihres Studium zu besprechen und um sich untereinander kennenzulernen. Um möglichst allen der über 1000 Stipendiaten des Deutschen Akademischen Austauschdienstes Gelegenheit zu geben, einmal im Jahr zusammenzukommen, plant der Deutsche Akademische Austauschdienst für die Sommermonate weitere Stipendiatentreffen in Celle und Ludwigsburg.

Kollektiv-Studium

Im Rahmen der umfassenden Kollektivierungsbestrebungen der SED (Sozialistische Einheitspartei) ist vorgesehen, daß die Studierenden jetzt „Gruppen sozialistischer Studenten“ bilden. Diese Gruppen sollen „ein Mittel zur kollektiven Erziehung der Studenten zur kollektiven Arbeit und zu sozialistischen Menschen“ sein. Wie aus Berichten der ostdeutschen Presse hervorgeht, verläuft das kollektive Studium einer solchen Gruppe nach einem genau festgelegten Plan. Das regelmäßige Studium soll gemeinsam organisiert und der Leistungsstand jedes einzelnen Studenten ständig kontrolliert werden. Ziel dieser Maßnahmen ist es, den Individualismus der Studenten zu überwinden. Dies soll auch für die Wissenschaftler gelten, die ebenfalls zu „sozialistischer Gemeinschaftsarbeit“ übergehen müßten. (dpa)



Offener Brief des Studentischen Filmkreises THD an die Freunde des guten Films.

Die meisten von Ihnen werden schon das neue Informationsheft des Studentischen Filmkreises in der Hand gehabt oder eine unserer Vorstellungen besucht haben.

Wir haben uns bemüht, diesmal ein Programm zusammenzustellen, das einige der wesentlichsten amerikanischen Filme aus der fruchtbaren Periode von 1940 bis 1950 enthält. In diesem Jahrzehnt erreichte die Macht und die Prosperität der amerikanischen Filmindustrie ihren Höhepunkt, bevor in den folgenden 50er Jahren das Fernsehen und der wachsende Einfluß einzelner großer Stars einen empfindlichen Rückschlag brachten. Es waren Jahre, in denen man noch kein Cinemascope brauchte, um einen guten Film zu machen.

Ob unser Programm nun das enthält, was Sie guten Film nennen, können wir nur dann erfahren, wenn Sie offen Kritik üben. Sie haben nicht nur die Möglichkeit, uns am Ende einer Vorstellung auszupfeifen oder sich durch beifälliges Klopfen zu äußern; sie können auch zu uns kommen und durch konstruktive Kritik an der Gestaltung unseres Programmes mitarbeiten.

Besuchen Sie uns doch einmal in den Mittagsstunden im Bühnenbau der Otto-Berndt-Halle und nennen Sie uns die Filme, die Sie gerne sehen möchten. Oder wollen Sie selbst einmal ein ganzes Programm nach Ihrem Geschmack zusammenstellen? In unserer Bibliothek finden Sie die wichtigsten Werke der Filmliteratur und Material über fast alle nach dem Kriege in Deutschland gezeigten Filme. Und um aktives Mitglied zu werden, bedarf es keiner Eignungsprüfung, noch nicht einmal einer finanziellen Verpflichtung. Einzige Voraussetzung ist das Interesse am guten Film und unserer Arbeit.

Sie sind immer herzlich willkommen bei Ihrem

Studentischen Filmkreis THD

HOCHSCHULE Sport

Sport im Wintersemester

Im Wintersemester 1959/60 wurde die Technische Hochschule Darmstadt erneut ihrem Ruf gerecht, daß sie zwar zu den kleineren, aber im Sport „großen“ Hochschulen gehört. Sowohl die Erfolge, die unsere Sportler auf Deutschen Hochschulmeisterschaften erzielen konnten, als auch die Aktivität, mit der sich die Technische Hochschule Darmstadt beim Ausrichten von Deutschen Hochschulmeisterschaften im Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverband einsetzte, können uns zufriedenstellen, und zwar umso mehr, wenn man beachtet, daß die Stelle des Sportamtsleiters im vergangenen Wintersemester noch immer unbesetzt blieb und daß die finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung standen, beschränkt waren.

Im Sinne einer kontinuierlichen Arbeit und einer gleichmäßig breiten Betreuung aller Sportarten an der Hochschule ist es notwendig, daß im kommenden Haushaltsjahr möglichst bald ein geeigneter Leiter des Sportamtes gefunden wird.

Das erste und erfreulichste Ereignis des Wintersemesters war die Deutsche Hochschulmeisterschaft im Hallenhockey, Anfang Januar 1960 in Darmstadt. Die Technische Hochschule Darmstadt war als Ausrichter kurzfristig für die Universität Mainz eingesprungen. Es gelang der Darmstädter Mannschaft, ihren Titel als Deutschen Hochschulmeister im Hallenhockey erfolgreich zu verteidigen.

Am 20. 1. 1960 fand in Darmstadt das Zwischenrunden-Turnier im Mannschafts-Tischtennis statt. Leider konnte die Mannschaft der Technischen Hochschule Darmstadt hier nicht mehr eingreifen, da sie schon in der Vorrunde gegen die Universität Heidelberg—Wirtschaftshochschule Mannheim ausgeschieden war.

Bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften im Skilaut vom 4.—6. 2. 1960 im Kleinwalsertal, die ebenfalls unsere Hochschule ausrichtete, belegten unsere Wettkämpfer in den Alpinen Disziplinen sehr gute vordere Plätze. Aber auch in den Nordischen Disziplinen konnte man zufrieden sein, vor allem unser Spezialspringer T. Larsen machte durch einen 2. Platz von sich reden.

Der Darmstädter H. G. Kilberth konnte gegen starke Konkurrenz bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften im Degen-Fechten einen sehr guten 3. Platz belegen.

Bei den Deutschen Hochschulmeisterschaften im Tischtennis-Einzel in Heidelberg errang die Technische Hochschule Darmstadt im Doppel der Studentinnen Fräulein Dingeldey/Fräulein Bähring den 3. Platz und in der Mannschaftswertung der Studentinnen den 4. Platz.

Am 14. 2. 60 fanden in Berlin die Deutschen Hochschulmeisterschaften im Judo statt. Die Technische Hochschule Darmstadt zeigte erneut, daß sie zu den stärksten Judo-Hochschulen gehört. Im einzelnen wurden folgende Erfolge erzielt:

Leichtgewicht:	3. W. v. Held
	5. Halla
Weltergewicht:	4. Generlich
Halbschwergewicht:	2. Halmaggi

Bei den Endrunden-Spielen im Volleyball der Studenten in Aachen belegte die Technische Hochschule Darmstadt den 3. Platz und konnte sich somit eine bronzene Medaille sichern.

Als neue, alte Sportart an der Technischen Hochschule Darmstadt machte Boxen von sich reden. Horst Buxbaum (Halbwelter) drang bis zur Endrunde vor, in der er sich allerdings wegen einer Verletzung, die er sich im Training zugezogen hatte, nicht antreten konnte.

Eine wesentliche Verbesserung der Geräteturner gegenüber dem Vorjahr ließ sich anlässlich der Deutschen Hochschulmeisterschaften Gerätturnen in Frankfurt/M. feststellen, allerdings reichte es noch nicht zu vorderen Plätzen.

In den Vorrundenspielen der Feldspiele gegen Heidelberg und WH Mannheim (die DHM-Endspiele finden vom 8.—10. 7. 60 statt) konnte sich im Gegensatz zur Fußballmannschaft unsere Handballmannschaft für die Endrunde qualifizieren, bei Hockey steht noch ein Spiel aus, jedoch ist auch hier ein Sieg wahrscheinlich.

Neben diesen Deutschen Hochschulmeisterschaften wurde noch ein großes Freundschaftsprogramm durchgeführt. Die Skiläufer, als

Sportgeräte

Sportbekleidung

Das Fachgeschäft

mit der großen Auswahl führender Markenartikel



Sport-Hübner

Darmstadt

Ernst-Ludwig-Straße 11

Telefon

Nummer 7 01 94

UNVERBINDLICHE BERATUNG IN ALLEN SPORT- UND CAMPINGFRAGEN

Vertreter der Hauptsportart des Winters, nahmen an den Württembergischen Hochschulmeisterschaften in Steibis/Allg. teil, die Fußballmannschaft bestritt ein Freundschaftsspiel in Düsseldorf, die Handballmannschaft war bei mehreren Turnieren, u.a. in Saulgau/Württ., sehr erfolgreich. Dies sind nur einige Beispiele, aller Mannschaften hatten regen Freundschaftsspielverkehr mit den Nachbar-Universitäten.

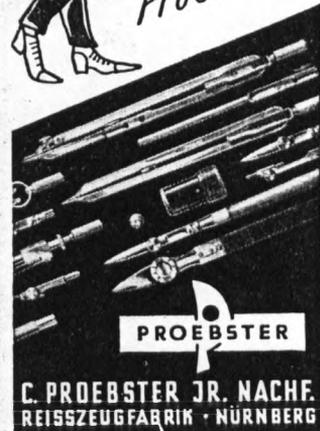
Im internen Bereich der Hochschule wurde der

Tischtennis-Wanderpreis der Verbindungen ausgespielt, den diesmal die ATV Darmstadt gewann. An den Tischtennis-Einzelmannschaften nahmen ungefähr 40 Tischtennispieler der Technischen Hochschule teil.

In den Hallen, die zwar nur in beschränktem Maße zur Verfügung standen, herrschte reger Trainings- und Übungsbetrieb, doch ist zu hoffen, daß sich mit der Fertigstellung unserer geplanten neuen Halle diese Sportfreudigkeit auf eine noch größere Anzahl der Studenten überträgt.

Sportbetrieb Sommersemester 1960

Basketball:	montags	20.00—22.00 Uhr (Hochschulmannschaft)	Wilh.-Leuschner-Schule
	donnerstags	17.00—19.00 Uhr	Hochschulstadion
Faustball:	montags	17.30—20.00 Uhr	Hochschulstadion
Fechten:	dienstags	15.00—17.00 Uhr	Mensa
	donnerstags	17.00—19.00 Uhr	Mensa
Fußball:	montags	18.00—20.00 Uhr	Hochschulstadion
	mittwochs	17.30—19.00 Uhr	Hochschulstadion
Geräteturnen:	montags	18.00—20.00 Uhr	Hochschulstadion
	freitaags	20.00—22.00 Uhr	Adelungschule
Gymnastik: (Studentinnen)	montags	17.30—18.30 Uhr	Hochschulstadion
Handball:	donnerstags	17.30—19.00 Uhr	Hochschulstadion
Hockey:	mittwochs	16.00—18.00 Uhr	Hochschulstadion
Judo:	mittwochs	18.00—20.00 Uhr (Anfänger)	Goetheschule
		20.00—22.00 Uhr (Fortgeschrittene)	Goetheschule
Leichtathletik:	dienstags	17.30—19.30 Uhr	Hochschulstadion
	donnerstags	17.30—19.30 Uhr	Hochschulstadion
Reiten:	täglich nach Vereinbarung mit Reitlehrer Koch, Dieburger Str. 241		
Schwimmen:	dienstags	19.00—21.00 Uhr	Hochschulstadion
	donnerstags	19.00—21.00 Uhr	Hochschulstadion
Tennis:	donnerstags	18.30—20.00 Uhr	Hochschulstadion
	Tennis für Anfänger nach Vereinbarung mit Sportlehrer Bischoff, kostenlos.		
Tischtennis:	montags	18.00—22.00 Uhr	Bessunger Knabenschule
Volleyball: (Studentinnen)	donnerstags	17.00—19.00 Uhr	Hochschulstadion.
Volleyball (Studenten)	montags	18.00—20.00 Uhr	Wilh.-Leuschner-Schule
	donnerstags	18.00—20.00 Uhr	Hochschulstadion



Fahrschule Schneider

Schulfahrzeuge: Ford, 17 M, VW
Eigenes Übungsgelände

Darmstadt, Bleichstr. 37 - Tel. 74814

Brauchen Sie ein neues Fahrrad oder Moped?

Benötigen Sie Ersatzteile oder eine Reperatur, so kommen Sie bitte zu Dietrich!

Besondere Vergünstigungen für Studenten der TH

Dietrich
WILHELMINENSTR. 21



Tasse Mocca 20 Pfennige!

Täglich Mocca- und Espresso-Ausschank:

- 1) Luisenplatz 1
- 2) Alexanderstraße 29
- 3) und in Eberstadt neben Odeon-Kino

Gotthold Knabe
Kaffee-Röstereien

Einem „on dit“ zufolge . . .



. . . meinte Kulturreferentin Thomsen (stud. arch.) auf die Frage, ob Eisenbahnschienen liegend oder stehend gegossen werden, „die Arbeiter stehen natürlich“.

. . . hat ein Physiker in der letzten Chemie Vorprüfung behauptet, Hg sei das Produkt Wasserstoff mal Erdbe-schleunigung.

. . . wurde im Clubhaus das Epos von Dan Bröger ‚Der Hobel im Bauch‘ ver-tont.

. . . will der Kreml in Bonn die Zu-lassung einer „Christlich-kommunisti-schen Arbeiterpartei Westdeutschlands“ anregen, weil sich erwiesen habe, wie zugkräftig der Zusatz „christlich“ in der Politik ist.

. . . sind einige Kommilitonen in den unteren Semestern überzeugt, daß das Repetitorium trotz aller gegenteiligen Behauptungen doch ein Thorium-Iso-thop sei.

. . . wird das großherzogliche Waschhaus zwischen Friedensplatz und Pali wieder aufgebaut, um darin die bei der weiteren Randbebauung des Friedensplatz anfallende schmutzige Wäsche zu säubern.

. . . vermietete die evangelische Stu-dentengemeinde ihre Hauskapelle an eine Heilgymnastiklehrerin.

. . . empörte sich Bußhaus über die Tatsache, daß in der letzten Ausgabe der dds 3 Artikel gegen den Atomtod standen, und fragte: „Warum schreibt Ihr nicht einmal dafür?“

. . . vermutete man im Kultusministe-rium in Wiesbaden politische Ur-sachen hinter dem Mensastreik.

. . . erwies sich auf der Industriemesse Hannover die Bedeutung der „darm-städter studentenzeitung“. Sie schickte die meisten Pressevertreter.

. . . wird die hölzerne „Heuss-Brücke“ zwischen Hauptgebäude und Mensa demnächst gehoben, da die Eisenbahn elektrifiziert wird.

. . . hat Ludger Bußhaus (Luigi), ehe-maliger 2. AstA-Vorsitzender, noch zwei Milchzähne.

. . . wurde im AstA ein Sachbearbeiter für guten Ton (Slogan: Seit nett zu einander) gewählt.

DEM M I G - B Ü C H E R

Vom Zählen b. z. Gleichg.		Differentialgleichungen	DM 3,60
1. Grades	DM 7,80	Statik starrer Körper	DM 9,60
Von Proportionen b. z.		Festigkeitslehre	DM 9,60
Gleichg. 2. Grades	DM 9,60	Dynamik des Massenpunktes	DM 6, -
Arithmetik und Algebra	DM 5, -	Dynamik des Massenkörpers	DM 4, -
Differentialrechnung	DM 9,60	Einf. i.d. Vektorenrechnung	DM 2,50
Integralrechnung	DM 4,80		

vermitteln grundlegende Kenntnisse in leicht faßlicher, prägnanter Darstellungsart, Prospekt D kostenlos bitte anfordern. - Demmig-Bücher sind zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Demmig-Verlag Kom.-Ges., (16) Darmstadt-Eberstadt

Ziele und Aufgaben der dds

Bei der 6. AstA-Sitzung wurde der neue Chefredakteur der dds bestätigt. In der vorherigen Aussprache wurde einiges über die Gestaltung der „darmstädter studentenzeitung“ festgestellt:

Die dds soll als Studentenzeitung an der TH Darmstadt besonders zur Klärung spezifischer Hochschulprobleme beitragen und versuchen da einzugreifen, wo die Studentenschaft Grund zur Unzufriedenheit hat. Eine der wichtigsten daraus erwachsenden Aufgaben ist die Feststellung und Belegung der wahren Sachverhalte dieser Fälle. Dabei sind wir allerdings auf eine intensive Mitarbeit besonders der in der akademischen Selbstverwaltung der Hochschule tätigen Professoren angewiesen. Die Behandlung sogenannter hochpolitischer Themen sind weder das erklärte Ziel der „dds“, noch sollen sie prinzipiell unterbleiben, zumal im Falle einer direkten Berührung mit studentischen Fragen. Die Aufgabe der Erweckung eines politischen Interesses bei den Kommilitonen scheint uns am besten damit angepackt, daß zuerst unten angefangen wird.

Wenn Sie die Nummern der dds nicht als durchaus nach einem so einheitlichen Programm gestaltet erkennen können, so liegt das keineswegs nur an Ihnen. Sie können darauf vielmehr die weitgespannten Möglichkeiten erlassen, die Sie als Redaktionsmitglied hätten.

Vielleicht gefiel Ihnen zum Beispiel der Artikel aus Nr. 45 „Hakenkreuz und Natostern“ gar nicht oder Sie bekamen Lust, Ihre besonderen, nicht in jeder Tageszeitung zu lesenden Ideen in ähnlicher Form darzustellen. In beiden Fällen sollten Sie uns die persönliche Bekanntschaft mit Ihnen nicht vorenthalten.

Besuchen Sie uns - möglichst mittags - in unserer Geschäftsstelle im Hauptgebäude - Westflügel, Zimmer Zw. 167.

Dietrich Determann